INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM



70 Jahre Wagensport 1923 - 93

Geschäftsbericht
Autonomia AG
1992
Berlin

4.2.1993
Nr. 226

am 27.4.92 sind wir in den Jugendclub Sandow in Cottbus eingestiegen und haben reichlich Material rausgeschafft. Das meiste Zeug war langweilig, einiges jedoch interessant, insbesondere der Umgang der Stadt mit rechten Streetworkern, deren Finanzierung und Zusammenarbeit mit Staatsschutz u.ä.

Eueren Brief haben wir leider nicht erhalten. Woran das liegt wissen wir auch nicht. Ausnahmsweise ist mal nicht unsere eigene Looserei (oder "Denkpause") am Werk gewesen.

Außerdem wollen wir noch bekannt geben, daß nun auch im Nachladen der bekannte Ordner zur Verfügung steht.

Inhalt

S.3 Autonomia 92
S.8 AOK
S.10 Volkssport
S.11 Medien zum Exkreminator
S.12 Militanzdebatte
S.18 Wiesbaden
S.19 sex.Gewalt gegen Kinder
S.20 Gentechnologie
S.22 Vergewaltigungsdiskussion
S.23 Tutzinger Gespräche
S.27 Kerstin Winter
S.28 Roma-UnterstützerInnen
S.30 Tag X / O25-Besetzung
S.31 Antifa-Kritik
S.32 Fels-Seminar
S-33 Beechmount 5
S.34 BVG / FAU



Ordner

Zeitschrift: Klasse gegen Klasse
Unterlagen aus Cottbus (s.Vorwort)
Presseerklärung zur O25
6te Neuköllner Montagsdemo
Redebeitrag aus Bochum zu Kerstin
Ermittlungen zum Mord an Kerstin
Peru

Bekennerschreiben von links

TÜBINGEN, 2. Februar (AFP). Der in der Nacht zum Montag verübte Brandanschlag auf Dienstfahrzeuge des Regierungspräsidiums in Tübingen ist offenbar von einer antirassistischen Gruppierung verübt worden. Wie die Tübinger Polizei am Dienstag mitteilte, ging bei zwei Tageszeitungen ein entsprechendes „Selbstbezichtigungsschreiben" ein. Bei dem Brandanschlag war ein Auto des Regierungspräsidiums vollständig ausgebrannt. Die Brandsätze an zwei weiteren Fahrzeugen hatten nicht gezündet.

In dem anonymen Papier heißt es, daß das Regierungspräsidium für die „rigorose Abschiebepraxis" aus einem Flüchtlingslager bei Reutlingen verantwortlich sei. Mehrmals seien „Abschiebungen überfallmäßig durchgeführt" worden, obwohl das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen gewesen sei.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag





Allgemeine Entwicklung

Im jetzt vorgestellten Geschäftsbericht der Berliner Filiale von AUTONOMIA AG für das laufende Geschäftsjahr 1992 werden zumindest für den klandestinen Bereich deutliche Zuwächse ausgewiesen.

Wagensport

Während im legalen Bereich das Krisenlamento vergangener Jahre sich eher noch verschärft hat, weisen illegale Aktionen zweistellige Wachstumsraten auf. Besonders erfolgreich war das neue Modell "Abgefackelte Bonzenautos", diese Serie wurde dieses Jahr erst neu in den Gesamtbereich der Bewegung aufgenommen und entwickelte sich auf Anhieb zum Renner. Mit großer Freude, so eine Bewegungssprecherin, wurde diese Entwicklung registriert. Eigentlich habe mensch nicht so schnell mit Erfolgen gerechnet, sondern sei davon ausgegangen, daß sich ein neues Modell erst mal am Markt orientieren müsse und längere Anlaufzeit benötige. "Jetzt jedoch machen wir mit Volldampf weiter und haben unsere Erwartungen für '93 nach oben korrigiert", so Sprecherin Milly Tanz. Für nächstes Jahr wird somit angestrebt, den längeren Aufenthalt von Bonzenautos im Kreuzberger und Friedrichshainer Kiez zu verunmöglichen. 1994 stehe dann an, auch den Transit durch diese beiden Bezirke zu verhindern.

Oberbaumbrücke

Ein weiterer erfolgreicher Sektor war der Komplex "Oberbaumbrücke", hier hielt sich die Bewegung aber eher an konservative Strategien, die schon seit mehreren Jahren erprobt und bewährt sind, wie die militanten Aktionen gegen die am Bau beteiligten Firmen. Als Hauptcontrapart in diesem Bereich war für das Geschäftsjahr 1992 die Firma Kemmer ausgewählt, so wurden Bagger und Baufahrzeuge abgefackelt und als Innovation ein Schiff versenkt. Dazu Bewegungssprecherin Milly Tanz: "Die Aktionen werden solange verstärkt und dauern an, bis sich Kemmer aus dem Projekt Oberbaumbrücke zurückzieht. Ich bin zuversichtlich, daß wir auch hier unser Geschäftsergebnis nächstes Jahr noch steigern können. Vor allem, wenn man bedenkt, daß wir im ersten Halbjahr noch überhaupt keine Engagement in dieser Richtung entwickelt haben."

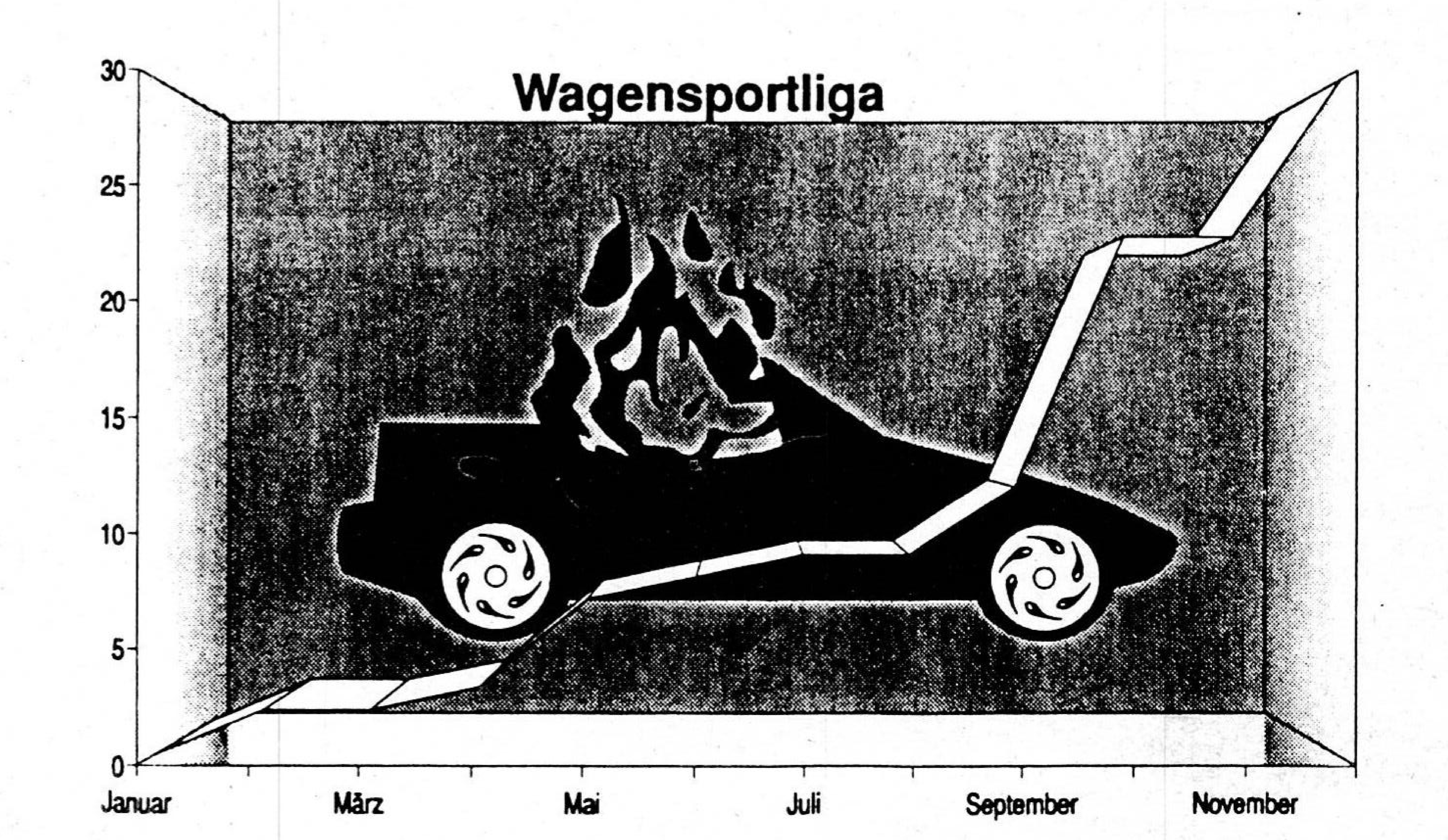


Antifa

Der Antifa-Bereich war 1992 erneut eine der aktivsten Sparten in der Bewegung und wies ebenfalls hohes Umsatzwachstum bei allerdings sinkenden Erträgen aus. Bewegungssprecherin Milly Tanz: "Hier sind wir natürlich über die Entwicklung nicht gerade glücklich. Viel lieber hätten wir diesen Sektor reduziert, aber das läßt die augenblickliche Situation natürlich nicht zu."

Olympia

Ein anderer boomender Sektor hätte 1992 eigentlich Anti-Olympia werden sollen, hier lag das Ergebnis nicht ganz im Rahmen der vorher gesteckten Erwartungen. Doch auch hier sei man/frau zuversichtlich, das anvisierte Ziel, die Verhinderung der Vergabe der Spiele 2000 zu erreichen. Berücksichtigt werden müsse auch, daß die "heiße Phase" erst jetzt anlaufe. Vorteilhaft für das in diesem Bereich eingesetzten Personal sei, daß 1993 nur die ersten drei Quartale gearbeitet werden müsse. Ab dem 23. September, dem Tag der Entscheidung, können dann Überstunden in großem Rahmen abgebummelt werden, es sei denn, daß in anderen Sektoren Knappheit herrsche.



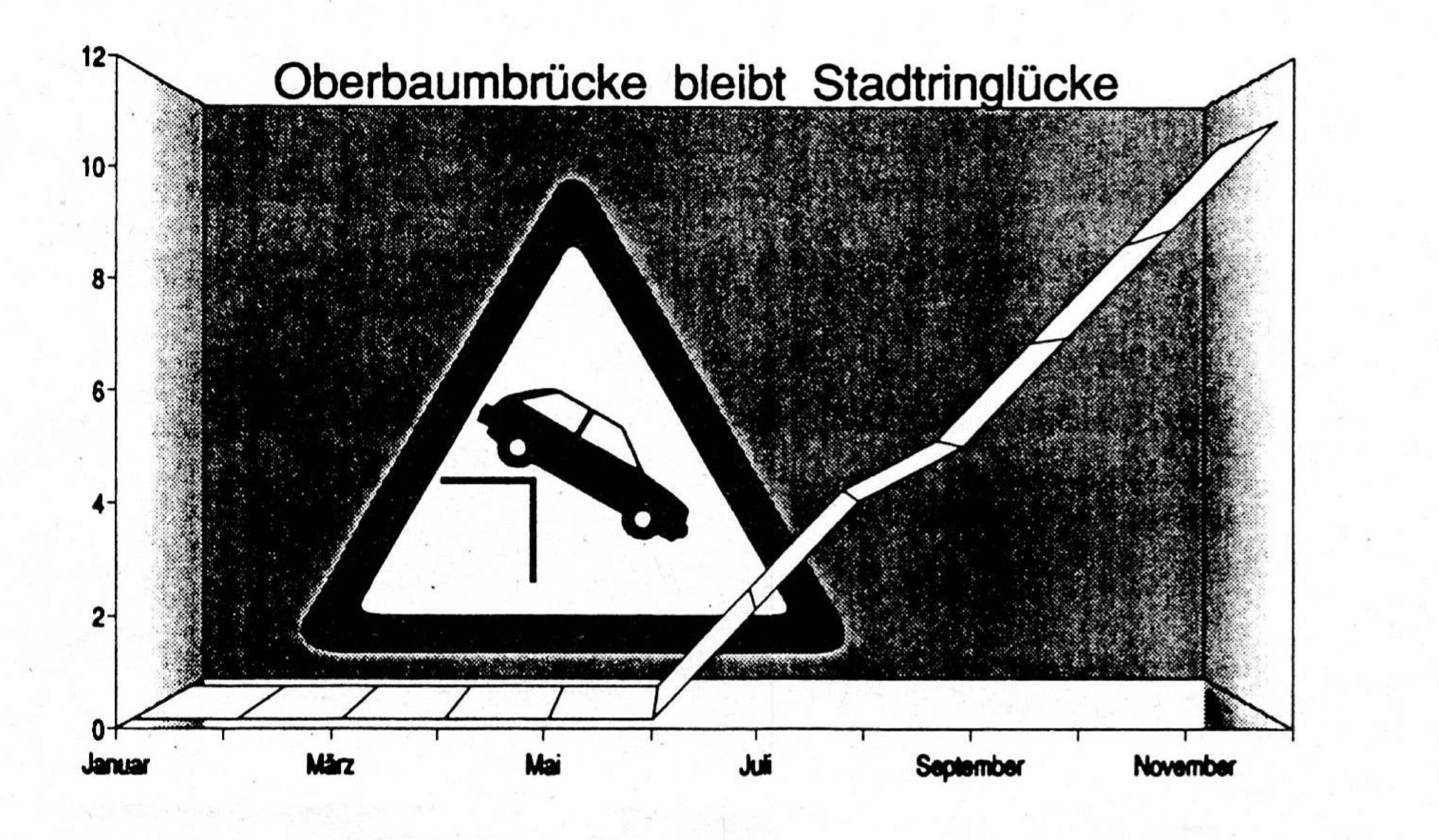


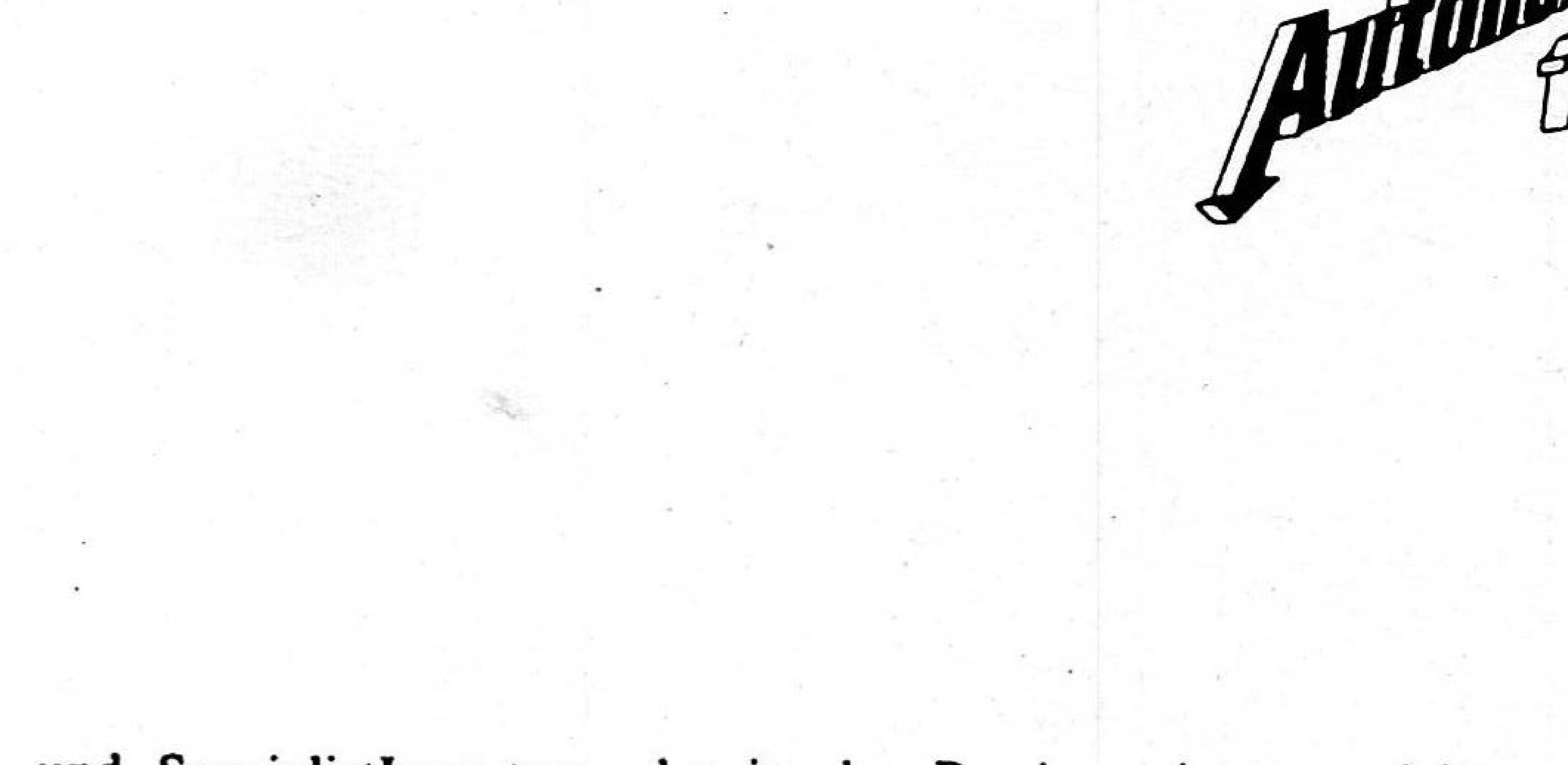
Personalbericht

Aktivitäten in einigen Bereichen wurden dieses Jahr nicht wieder aufgenommen, so beispielsweise gegen die Mineralölbranche. "Hier mußten wir uns der veränderten historischen Situation stellen und einen Schnitt machen. Ich möchte aber betonen, daß die Einstellung dieser Interventionen basisdemokratisch legitimiert war und auch keine Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Sämtliche AktivistInnen konnten in anderen Bereichen untergebracht werden, die ebenfalls zur Wahl stehende Frühpensionierung wurde von keiner und keinem Einzigen angenommen", teilte Milly Tanz weiter mit.

Aus- und Weiterbildung

Insgesamt betrachtet gibt es zuwenig hochqualifiziertes Personal für die zu bewältigenden Aufgaben, obwohl kontinuierlich Schulungskurse, Fortbildungen etc. angeboten werden. "Aber diese Probleme haben wir ja nicht als einziges Unternehmen. Oft liegt es auch am mangelnden Selbstvertrauen, viele denken, die Sachen wären ganz furchtbar kompliziert und trauen es sich nicht zu. So entsteht oft ein Mythos





von ExpertInnen- und SpezialistInnentum, der in der Praxis meist gar nicht stimmt", betonte Milly Tanz.

Längeren Absentismus in Form von U-Haft o.ä. habe es 1992 zum Glück nicht gegeben, die sonstigen Fehlzeiten hielten sich im Rahmen des Üblichen. Bei der Abwägung zwischen dem finanziellen Aufwand für militante Aktionen und dem entstandenen Sachschaden habe es auch 1992 keine Beanstandungen des bewegungsinternen Rechnungshofes gegeben. Die längerfristige Entwicklung werde als optimistisch angesehen, insbesondere spreche die bessere Motivation für die autonome Bewegung. Die technische Überlegenheit der Gegenseite hat auch 1992 nicht zum Nachteil der Autonomen genützt werden können, die Militanten können auch 1993 zu jeder Zeit an so gut wie jedem Ort zuschlagen, insbesondere im Kreuzberger Kiez gilt absoluter Heimvorteil. Die "Festung Kreuzberg" war bisher für die Polizei nicht zu knacken, eine Änderung ist nicht abzusehen.





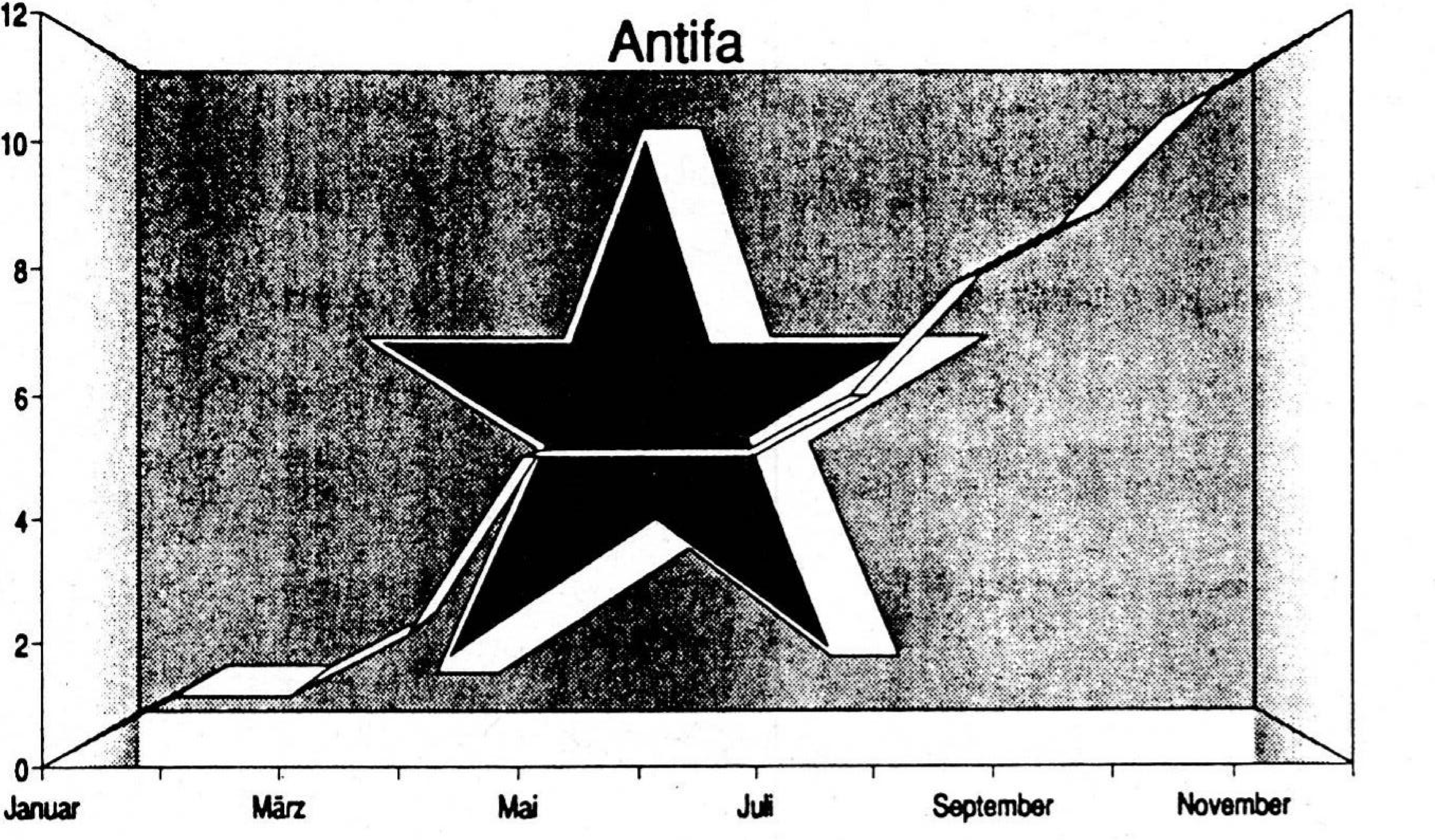
Jahresbilanz 1992

Datum	Ort	Aktion
5.1.	Charlottenburg	Carl-Diem-Gedenktafel "entführt"
29.1.	Charlottenburg	ekliger Müll und 50 Liter Pisse bei Spekulanten
5.2.	Kreuzberg	Jaguar plattgemacht
12.2.	Prenzlauer Berg	Steine gegen Plattenladen eines Nazis
20.2.	Neukölln	Daimler Benz flambiert
27.2.	Tiergarten	Steine gegen Berlin-Pavillon
1.-8.3.		Reifen von Radio 100,6-Autos abgestochen
1.-8.3.		ca. 50 Kisoken, Videoläden und Sexshops Schlösser verklebt
1.-8.3.		2 Reisebüros gesmasht und besprüht
1.-8.3.	Kreuzberg	Scheiben einer Sexbar eingeworfen
1.4.		Rekrutenzug gestoppt, anti-pat. Aktion von ⚣
?.4.	Charlottenburg	Brandsatz in türkische Bank
?.4.	Kreuzberg	Rauchbomben in zwei türkische Reisebüros
?.4.	Kreuzberg und Neukölln	Steine gegen türkische Bank, Kurdistansolidarität
25.4.	Kreuzberg	Porsche abgefackelt (Versuch)
27.4.	Neukölln	Supermarkt angesteckt
29.4.	Lichtenrade	Faschoauto plattgemacht
1.5.	Neukölln	Daimler-Benz (S-Klasse) abgefackelt

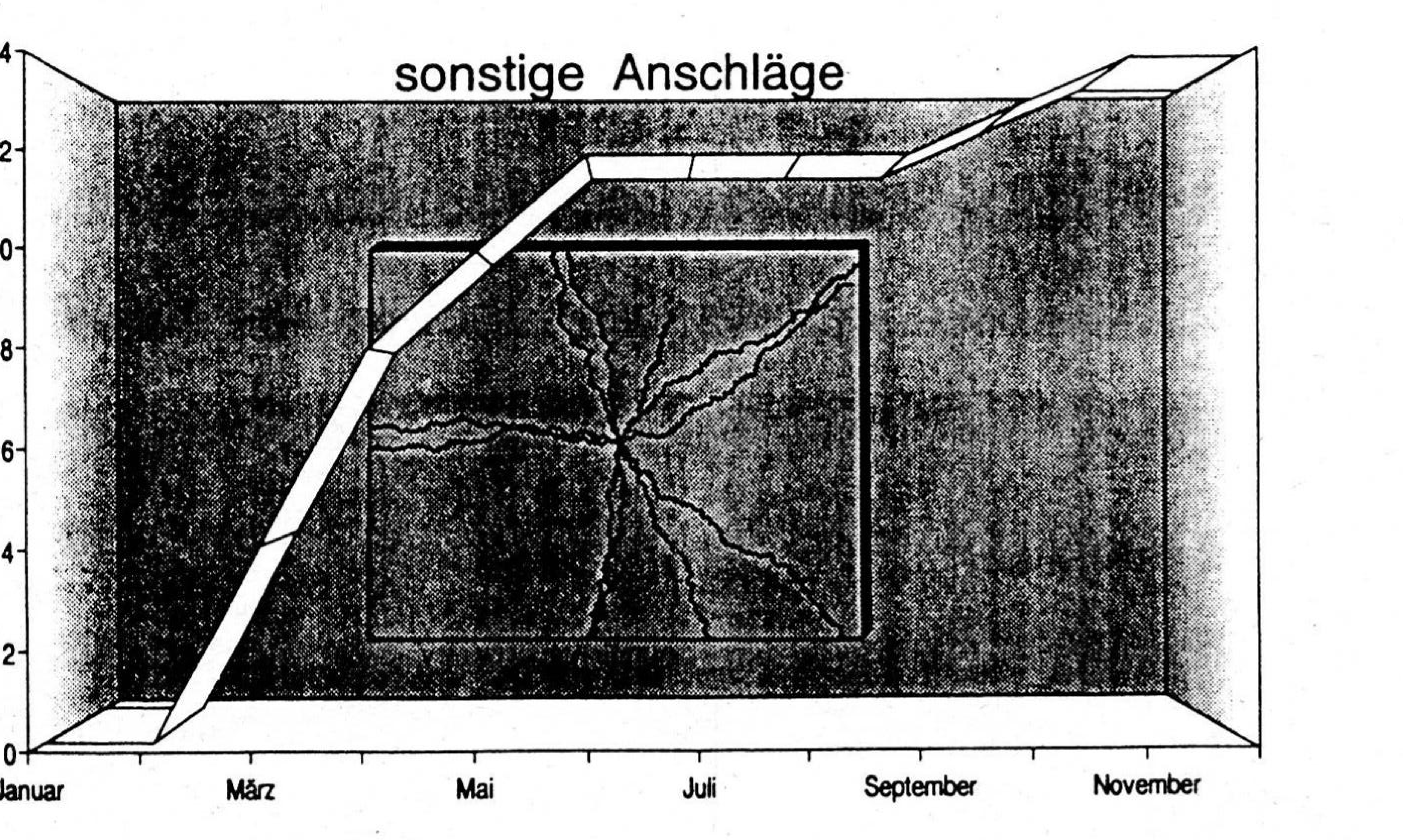


Datum	Ort	Aktion
1.5.	Kreuzberg	Autos von Combo-Bau demoliert
1.5.	Kreuzberg	Computer-Laden geplündert
1.5.	Kreuzberg und Prenzlauer Berg	allgemeine Randale
1.5.	Prenzlauer Berg	Fascho-Aufmarsch militant verhindert
4.5.	Treptow	Streikbrecherbusse besprüht und Reifen abgestochen
7.5.	Moabit	Steine gegen RFF Kneipe
10.5.	Pankow	Gehwegplatten gegen Plattenladen "No Remorse"
21.5.	Kreuzberg und Neukölln	3 Politikerkarren flambiert
??.5.	Kreuzberg	Rauchbombe und Plünderung bei Himmel und Erde
4.6.	Kreuzberg	Architektenbüro verwüstet
6.6.	Weißensee	Farbe ins Schwimmbecken des Sportforums
17.6.		Buttersäure im Sonderzug zur ILA
17.6.	Neukölln	Steine gegen Sporthaus Rothe
23.6.	Charlottenburg	Auto eines STERN-Architekten abgefackelt
25.6.	Zehlendorf	Steine gegen Dresdner Bank
1.7.	Friedrichshain	100 Leute greifen Burger King an
13.7.	Kreuzberg	Porsche abgefackelt
24.7.	Kreuzberg	Brennende Barrikade auf Innenstadtring













Datum	Bezirk	Aktion
31.7.	Kreuzberg	Kemmer-Bagger abgefackelt
9.8.	Mitte	Daimler-Benz der Olympia-Gmbh flambiert
9.8.	Kreuzberg	Bauzaun auf der Oberbaumbrücke abgeräumt
16.8.	Kreuzberg	Rauchbombe im Yuppie-Restaurant Auerbach
?.8.	Mitte	NA-Büro durchsucht und Akten geklaut
26.8.	Treptow	Schaufelbagger und Walze von Kemmer abgefackelt
3.9.	Marzahn	Faschotreff "Wurzel" abgebrannt
3.9.		Haus von Senator Haase bemalt
11.9.	Kreuzberg	Daimler abgefackelt
17.9.	Friedrichshain	Daimler abgefackelt
23.9.		10 Reifen an 5 Bussen abgestochen
27.9.	Kreuzberg	Schmierseife gegen Berlin-Marathon
29.9.	Kreuzberg	Jaguar demoliert
2.10.	Prenzlauer Berg	Büro von "Cad-map" abgefackelt
6.10.	Prenzlauer Berg	Schlösser bei 9 Geschäften verklebt
11.10.	Kreuzberg	5 Bonzenschlitten abgefackelt
12.10.	Charlottenburg	Bombendrohung gegen Börse
12.10.	Neukölln	Firmen Lkws besprüht und Reifen abgestochen
12.10.	Kreuzberg	35 Neuwagen von Opel Gillwald demoliert
17.10.	Kreuzberg	Kemmer-Schiff versenkt




Datum	Bezirk	Aktion
23.10.	Friedrichshain	Daimler demoliert
25.10.	Friedrichshain	Daimler demoliert
27.10.	Kreuzberg	2 Luxuskarossen flambiert
29.10.	Kreuzberg	Yuppiekneipe gekübelt und zwei Autos abgebrannt
29.10.	Lichtenberg	das Auto von Nazi-Priem abgefackelt
4.11.	Neukölln	2 Kemmer Bagger abgefackelt
9.11.	Kreuzberg	1 Kemmer Bagger flambiert
11.11	Pankow	Angriff auf "No Remorse" mit Steinen, Buttersäure etc und Auto des Besitzers abgefackelt
18.11.	Tiergarten	Brandsatz im Berlin-Pavillon
23.11.	Moabit	3 Porno-Shops angegriffen
24.11.	Lichtenberg	Brandsätze in Faschotreff Judith-Auer-Klub
1.12.	Kreuzberg	Kemmer-Bagger flambiert/
?.12.	Kreuzberg und Neukölln	6 Luxuskarossen abgefackelt
5.12.	Tiergarten	Brandsatz auf Firmengelände von Kemmer
10.12.	Tiergarten	Angriff auf Faschokneipe
23.12.	Kreuzberg	Daimler-Benz abgebrannt



Pressespiegel

Die orthodoxen Maoisten Spalten die Szene

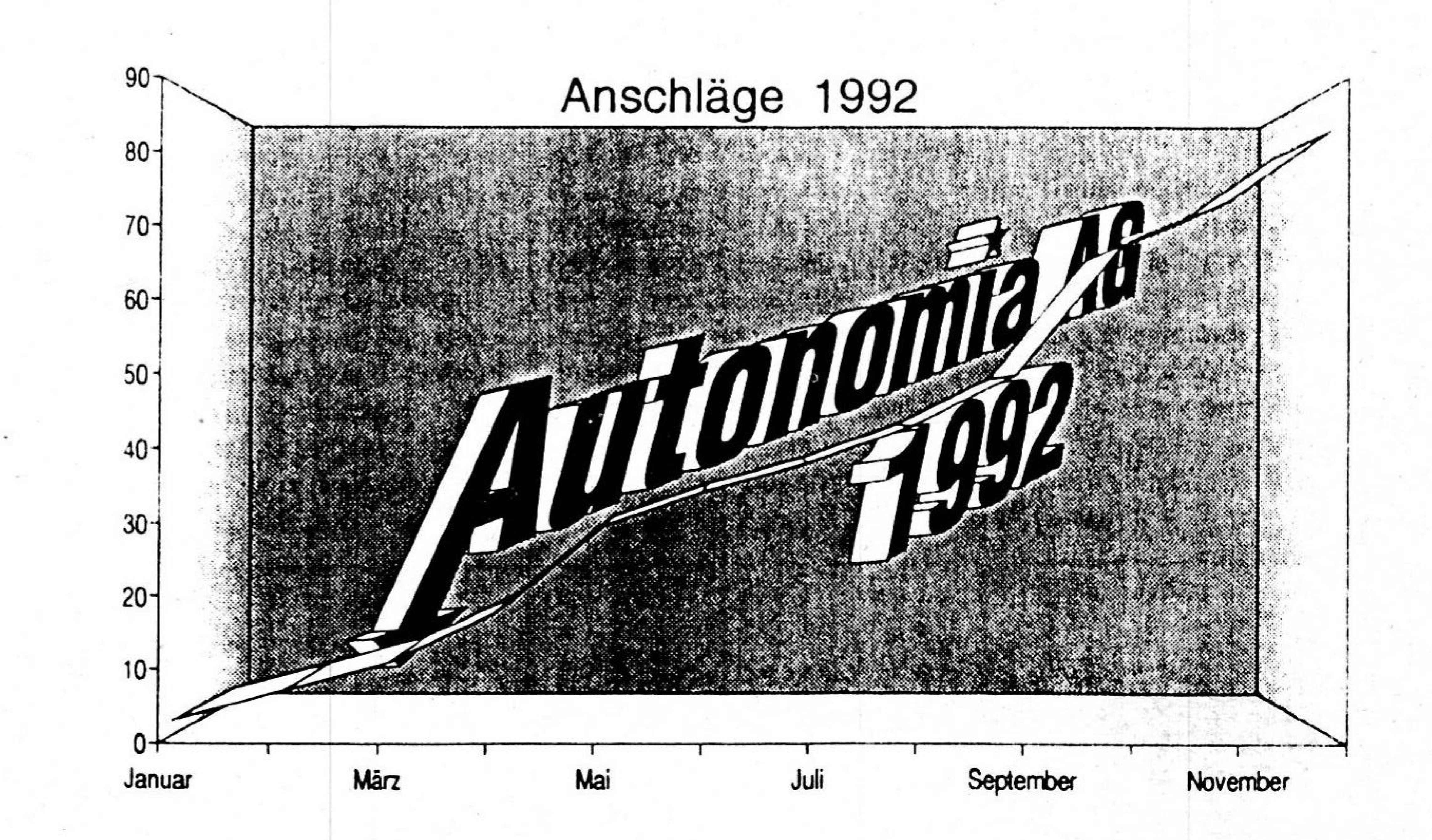
Die sogenannte autonome Szene in Kreuzberg ist in sich völlig zerstritten

Sie heißen "Klasse gegen Klasse", "Die roten BMW-Fahrer", "Die drei von der Tankstelle", "Volxsport", "Gebt Bonzen keine Chance". Niemand weiß genau, wieviel Gruppen und Absplitterungen es tatsächlich gibt. Für die Öffentlichkeit treten sie meistens gemeinsam auf, oft vermummt auf Demonstrationen, aggressiv: Die meist schwarzgekleideten Jugendlichen, die sich selbst Autonome nennen, weil sie ihre Hochburg Kreuzberg gern zur autonomen Provinz gemacht hätten.

Eine gemeinsame Sprache finden sie am "revolutionären 1. Mai", oder wenn es um Aktionen zu Themen geht, die den Nerv vieler Berliner treffen: Olympia 2000, die Asyldebatte, die Zukunft der Oberbaumbrücke. Der Leiter des Staatsschutzes der Polizei Dieter Piete: "Öffentlich wirksame Aktionen wie die 33 Anschläge gegen angebliche Luxusautos."

800.000 DM Schaden richteten diese Brandanschläge gegen vermeintliche "Bonzenautos" an. Zerstört wurden u.a. acht Mercedes, vier Porsche und vier BMW.

Tagesspiegel 12.92



AUSFLUG NACH LAUSANNE

Am 27. Januar hat die Olympia GmbH die offiziellen Bewerbungsunterlagen für Olympia 2000 dem IOC in Lausanne übergeben. Ein willkommender Anlaß, unseren Protest auszudrücken.
Mehr als 30 Leute fanden sich bereit zu einer kurzen Reise in die idyllische Schweiz. Ziel war es, das Übergabezeremoniell effektvoll und mediengerecht zu stören. Nach einer anstrengenden und langwierigen Anreise und wenig Schlaf fanden wir uns dann pünktlich um 12.15 Uhr vor dem IOC Hauptsitz in Lausanne ein. Hier mußten wir erfahren, daß wir leider ein paar Minuten zu spät gekommen waren - die offizielle Berliner Delegation war schon drin! Es wäre sicherlich schön gewesesen , sie schon draußen vor dem Gebäude zu empfangen - mit Farbbeuteln bekleckerte Vertreter Berlins wären eine gute Werbung für unser Anliegen gewesen. So beschränkten wir uns darauf, unsere Transparente zu entfalten, Parolen zu rufen und selbst gebastelte Olympische Ringe zu verbrennen. Kurze Redebeiträge über Megaphon und der dosierte Einsatz pyrotechnischer Artikel rundeten das Bild ab.
Das führte immerhin dazu, daß die zahlreiche MedienvertreterInnen, die eigendlich über das Geschehen innerhalb des IOC-Gebäudes berichten wollten, nach draußen stürmten, unheimlich viel filmten und fotografierten und um Interwies mit uns nachsuchten. Wir gewannen den Eindruck, mit wenig Aufwand relativ viel Wirbel zu verursachen, was in einer so ordentlichen und friedlichen Stadt wie Lausanne auch gar nicht so schwer ist. Nach einer halben Stunde verließen wir den Ort unser Begierde, weil nicht abzusehen war, wann die Berliner Delegation wieder rauskommen würde, und uns angesichts der dort präsenten Polizei (über die wir von Schweizer GenossInnen die schlimmsten Sachen gehört hatten) eine weitere Eskalation nicht angemessen erschien.
Zu Ohren gekommen ist uns noch, daß später noch einige für das geleckte Lausanne sehr ungewöhnliche Dinge geschehen sind. So wurde aus dem provosorischen Olympischen Museum (das dem IOC gehört) ein Samaranch Bild geklaut und außen eine anti-olympische Parole gesprüht. Am Neubau des Olympischen Museums wurde ein großer Springbrunnen mit Chemiekalien verfärbt. Das Hotel in dem IOC-Präsident Samaranch eine Luxussuite auf Dauer gemietet hat wurde mit Rauchwolken eingenebelt, was sicherlich einige Aufregung zur Folge hatte. Und nicht zuletzt wurde zu späterer Stunde das IOC Hauptgebäude selbst mit Hilfe einer größeren Anzahl Farbeier optisch ansprechender gestaltet. Außerdem wurde an mehreren Stellen in der ganzen Stadt gesprüht und Unmengen von antiolympischen Spuckis verklebt.
Was hats nun gebracht? Nachdem wir mit dem Verlauf der Aktion direkt vor dem IOC zunächst nicht ganz zufrieden waren (wäre vielleicht mehr drin gewesen?), so denken wir doch, daß alle Aktionen im ganzen betrachtet ihre Wirkung auf das IOC sicherlich nicht verfehlt haben. So was sind sie einfach nicht gewöhnt - schon gar nicht im ruhigen Lausanne. Wir haben deutlich gemacht, und das nicht zum ersten Mal, daß es in Berlin Widerstand gegen die Olympiapläne gibt.
Nach allen Pleiten und Pannen, die es von offizieller Seite gab, und den Gegenaktionen, die schon gelaufen sind, fehlt einfach nicht mehr viel, um die Bewerbung zu kippen. Im April kommt die Prüfungsdelegation des IOC nach Berlin. Wenn wir es schaffen sie eindrucksvoll zu begrüßen, haben wir vielleicht schon gewonnen.

Peinliche Panne der Olympiaplaner

Die Berliner Olympiaplaner erlebten am Sonnabend einen peinlichen Zwischenfall. Audrun Tron, der Bürgermeister der norwegischen Stadt Lillehammer, 1994 Gastgeber der nächsten Olympischen Winterspiele, mußte aus einem steckengebliebenen Fahrstuhl im Olympiastadion befreit werden. Die insgesamt zehn Fahrgäste hatten nicht weniger als 90 Minuten lang in der Kabine ausharren müssen, ehe die Berliner Feuerwehr die Eingeschlossenen aus dem Aufzug holen konnte.

Tron weilt auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhrd Diepgen, mit einer norwegischen Delegation zu einem zweitätgigen Besuch in der Stadt. Die skandinavischen Gäste wollten sich mit Berliner Sporteinrichtungen und den umfangreichen Olympia-Plänen vertraut machen. dpa



ANTI-OLYMPIA-DEMO: Auftakt zum Kampf gegen Berlin 2000



IM VISIER der Aktivisten: IOC-Chef Juan Samaranch



PERSIFLAGE: Konter der Autonomen auf das offizielle Olympiaplakat der Stadt Berlin

BERLIN

Kriegserklärung mit Stinkbomben

Autonome Aktivisten machen mobil gegen die Olympischen Sommerspiele 2000

Nachts stachen die dunklen Gestalten zu. 122 Autoreifen wurden am 26. Januar in Berlin-Mitte aufgeschlitzt. Die 46 Autos gehörten allesamt der Telekom. Besonderes Merkmal: Sie trugen einen Aufkleber pro „Olympia 2000".

Die Gegner rüsten zu gewalttätigen „Sommerspielen 1993": In Autonomenkreisen kursiert ein geheimes Strategiepapier. Ziel: den 93 IOC-Mitgliedern die Lust auf Berlin zu vergällen. Am 23. September entscheiden sie in Monte Carlo über den Ort der XXVII. Sommerspiele.

„Wenn die Deutschen etwas wollen, kriegen sie es auch", schmeichelte Olympia-Chef Juan Samaranch den Berlinern noch vor 15 Monaten. Allmählich muß der Herr der Ringe erkennen, daß manche Hauptstädter sich seiner Gunst nicht würdig zeigen.

Das anti-olympische Feuer loderte bereits im Oktober: Brandanschlag auf das Planungsbüro Cad-Map. Laut Polizei sind die „NOlympics" vor allem im Ostteil der Stadt zu finden.

Unter dem Motto „direkte Angriffe auf IOC-Mitglieder" heißt es in dem Strategiepapier: „Diesen korrupten Geldsäcken" müsse „die Fresse poliert werden". „Kübelaktionen während eines Galafressens" werden angedroht, Attentate auf Olympia-GmbH und Sponsoren wie Hertie, Daimler Benz.

Schwer angeschlagen müht sich die Berliner Olympia-Mannschaft seit Monaten, aus den Negativ-Schlagzeilen zu gelangen. Die Affäre um Bett- und Trinkgewohnheiten des Komitees hat ihre Bewerbung erschüttert. NOK-Boß Walther Tröger beklagt als „größtes Ärgernis" die Protestdemonstrationen anläßlich der IOC-Tagung in Berlin .

Tröger ruft böse Erinnerungen wach. Schon einmal scheiterte eine Stadt an „No Games"-Aktivisten.

Im Sommer '84 fand jedes IOC-Mitglied ein Tütchen Marihuana in der Post, samt gefälschtem Begleitbrief des Amsterdamer Bürgermeisters: „Eine Spezialität unserer Stadt."

Mit „Humor und Randale" torpedierte das „Nee"-Komitee die Bewerbung Amsterdams um Olympia '92. Die Tulpenstadt schenkte jedem IOCler einen Rekorder. „Nee" lieferte das Video.

Der Film begleitet einen olympischen Fackelträger durch die City: Er quält sich durch Autostau und Hausbesetzerkrawalle, gibt einem Terroristen mit Bombe Feuer, wird bestohlen und rutscht in Hundekot aus.

Resultat: Das entnervte IOC nominierte Barcelona; die Niederländer fielen mit fünf von 130 Stimmen durch.

Die Berliner Autonomen kündigen unterdessen an: Besuchern würden „brennende Autos vor Hotels und Stinkbomben in Edelpuffs spannungsreiche Stunden (in) dieser Stadt und eine vorzeitige Abreise bescheren".

Ein Staatsschützer nimmt die Lage ernst: „Tote sind nicht auszuschließen." Die Sicherheit der Spiele ist bereits kalkuliert: 43 865 Securityleute sollen Olympia schützen. Kosten: über 50 Millionen Mark.

Vielleicht erübrigen sie sich. Bei den Amerikanern, die den Löwenanteil für die Spiele bezahlen, stehen die Aktien für die Spree schlecht. Das US-Nachrichtenmagazin Newsweek prophezeit in seiner Jahresvorschau für September '93: „Peking erhält den Zuschlag für Olympia." ■

Olympiabewerbung in Lausanne gestört

Berlin. Effektvoll in Szene gesetzt haben sich Olympiagegner und -gegnerinnen gestern bei der offiziellen Übergabe der Bewerbungsschrift Berlins für die Spiele im Jahr 2000 in Lausanne. Wie das Anti Olympia Komitee (AOK) mitteilte, schmuggelten sich seine Vertreter noch vor denjenigen der Olympia GmbH in das Gebäude des Internationalen Olympischen Comitees (IOC) und übergaben dort ein „Anti-Olympia-Bewerbungsvideo" und Unterlagen, die den Rückzug der Bewerbung Berlins zum Inhalt hatten. Erst beim Eintreffen der „richtigen" Olympia GmbH sei der Irrtum bemerkt worden. Die offiziellen Vertreter Berlins wurden beim Eintreffen vor dem IOC von etwa sechzig Gegnern der Spiele mit Transparenten und Sprechchören empfangen. „Wir respektieren die Meinungsäußerungen der Olympiagegner, sind uns aber gewiß, daß sie keinerlei Einfluß auf die Bewerbung haben wird", sagte gestern ein Sprecher der Olympia GmbH. IOC-Mitglied François Carrard habe bestätigt, daß man solche Proteste inzwischen als normal ansehe. Der Regierende Bürgermeister Diepgen kommentierte die Übergabe gestern mit den Worten, nun sei „die letzte Kurve genommen und die Zielgerade erreicht". Die Bewerbungsschrift dient als Grundlage für die Entscheidung der IOC-Mitglieder, die am 23. September fallen soll.

Kemmer GmbH
-Geschäftsleitung-
Bismarckstr.10-12
1 Belin 12

27.1.93

Sehr geehrte Geschäftsleitung!

Ihr Unternehmen ist eines der größten Erd- und Tiefbauunternehmen dieser Stadt. Die Existenz Ihrer Firma ist nicht von der Annahme jedes Auftrages abhängig.
Wenn Sie dennoch jeden Auftrag - sei es Kubat-Dreieck oder Oberbaumbrücke - um jeden Preis, ähem Verzeihung, jedes Profits willen annehmen, so müssen Sie damit rechnen, daß auch Ihre Firma in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn sie sich an Projekte beteiligt, die ganz eindeutig gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet sind.
Vielleicht können Sie ja mal im Jahr 1993 Ihre Firmenpolitik unter diesem Gesichtspunkt untersuchen...
Verstehen Sie deshalb bitte die Tatsache, daß am 26.1. zehn Reifen an 3 Bauwagen und 1 LKW ihre Luft verloren haben+ als (erstmal kleinen) Denkanstoß in diese Richtung. (z.B. zur Überprüfung Ihres Engagements an der Oberbaumbrücke)
+Ort: Güterbahnhof Tempelhof/Hoeppnerstr.

Mit freundlichen Grüßen
BbB
(Bürger/innen beobachten Bauunternehmen)

Pressemitteilung und Einladung

zu einer

Plakatausstellung gegen Rassismus und Nationalismus

Sa. 30.01., 10.00 Uhr, Frankfurter Tor

AntifaschistInnen aus Friedrichshain werden am 30.01.93 an verschiedenen Stellen im Kiez eine Plakatausstellung installieren. Auf den Plakaten ausgestellt ist eine Chronik von faschistischen und rassistischen Morden der Jahre 1990 bis heute. Die Plakatserie wird eingeleitet durch einen Bezug auf die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 und endet mit einem Aufruf zum antifaschistischen Widerstand heute und jetzt. (Siehe unten unter 1. und 2.)

Weil in diesem Staat Eigentumsschutz und Paragraphen mehr zählen als Menschenrechte und eine kontinuierliche Hetze gegen AntifaschistInnen stattfindet, behelfen wir uns der Performance-Form, die unsere Aktion schützen soll.

Unsere Plakate zeigen direkt auf, was Rechtsextremismus und die aktuelle Politik in Deutschland zur Folge haben. In Berlin-Prenzlauer Berg, Erkner, Weimar und Jena wird ebenfalls plakatiert.

Mit dieser kiezbezogenen Aktion erreichen wir die Öffentlichkeit direkt und persönlich. Sie stellt eine Alternative dar zu den Großdemonstrationen und Lichterketten, die dem Rassismus und Faschismus nichts entgegensetzen. Wir meinen, daß die von "Prominenz" organisierten Lichterketten nur dazu dienen, sich von den aktuellen Ereignissen reinzuwaschen und von der sich weiter verschärfenden Situation abzulenken. Diese Großdemonstrationen ersetzen nicht die Notwendigkeit für jede/n Einzelne/n, Verantwortlichkeit und Zivilcourage im Alltag zu zeigen, werden aber von Politikern und Medien dazu gebraucht, das Bild Deutschlands im Ausland geradezurücken. Menschen hingegen, die dem Rechtsradikalismus entschieden entgegentreten, werden kriminalisiert.

Wir erinnern die Medien an ihre Verantwortung in der Berichterstattung und Meinungsbildung und fordern sie auf, sich klar von faschistischen Inhalten zu distanzieren, Täter nicht zu Opfern und die Opfer nicht zu Schuldigen zu verkehren!

Für einen starken antifaschistischen Widerstand!

die antifaschistischen Quaste



rassistische Autonome?

Am 18.01.1992 wurde ein Bonze in Kreuzberg mit Fäkalien bekübelt. Zwei Tage Tage später titelt die alternative Tageszeitung die TAZ "Scheiße auf Ausländer- Autonome kippen Fäkalien in Auto". Ein paar Anmerkungen hierzu. Das Ereignis (Scheiße auf Bonzen) im Rahmen der militanten Kampagne zur Verteidigung des Stadtteils wird zum scheinbar rassistischen Angriff von Autonomen umdefiniert. Die klassische Zensur zeichnet sich durch das Verschweigen von Ereignissen aus, die Desinformation, d.h. die mediale Veränderung einer Information dagegen ist gefährlicher. Deshalb wurde sie speziell von Geheimdiensten entwickelt. Mit dem Verschweigen der Nachricht hätten die Herrschenden keinen politischen gewinn erzielt. Mit der Verknüpfung von Autonomen mit scheinbar rassistischen Angriffen sollen diese diffamiert und diskreditiert werden. Politisches Ziel ist natürlich die Isolierung der kreuzbertger Autonomen als politisch aktivster Teil von anderen kritischen Potentialen der Bevölkerung und nach deren erfolgreicher Isolierung die Vernichtung des Widerstandes bzw. der WiderständlerInnen.

Gelingen kann der TAZ, deren Existenzberechtigung sich aus dem Vernichtungswillen gegenüber der Linken herleitet, dieser politische Schlag nur im Rahmen eines vollkommen verkommenen gesellschaftlichen Diskurses über Rassismus, der Rassismus nicht als einen völkischen begriff setzt sondern auf Ausländerfeindlichkeit reduziert. Nur so kann der TAZ dieser politische Angriff gelingen, ohne allzusehr bei ihren ja auch denken könnenden LesererInnen mit dieser Manipulation aufzufallen. Zum vergleich die Artikel des tagesspiegels und der Morgenpost vom gleichen Tag. Viele Grüße an die Exkreminatoren und andere Wagensportfreunde.

Scheiße auf Ausländer

■ Autonome kippen Fäkalien in Auto

Kreuzberg. Einen in seinem Wagen sitzenden ausländischen Berliner haben autonome Täter mit einem Eimer Scheiße übergossen. Der in Reinickendorf wohnende Mann hatte auf der Durchfahrt durch Kreuzberg am Montag abend an einer Ampel in der Prinzenstraße gehalten, als drei Männer die Beifahrertür aufrissen.

Der Überfall auf den 51jährigen Mann, der einen Wagen der Marke Daimler-Benz fuhr, reiht sich ein in eine Vielzahl von Überfällen und Brandanschlägen auf sogenannte Luxuswagen. Hinzu kommen mehrere Überfälle auf angebliche „Yuppie"-Lokale im Bezirk. Wie auch bei früheren Anschlägen heißt es in einem gestern der taz zugegangenen Bekennerschreiben, damit solle gegen die „Umstrukturierung" des Bezirks und die „Vertreibungspolitik" durch Spekulanten angegangen werden. Dabei wurden bereits mehrmals Wagen von seit langem in Kreuzberg lebenden Ausländern zerstört. Zu einem Anschlag zu Weihnachten hieß es in einem Bekennerschreiben, „daß der Besitzer ein türkischer Bonze und kein deutscher Bonze war, finden wir nicht entscheidend, denn die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten".

„Einen Kübel voll mit Scheiße – ach wie fein, kippten wir in den Bonzenschlitten rein. Der feiste Bonze saß noch drin, jetzt ist wohl auch sein Anzug hin", schreibt in dem gestrigen Bekennerschreiben „Der Exkreminator". Das „ganze Kapitalistenpack" soll beim Aufenthalt in Kreuzberg „schwitzen" und „ständig Schiss" haben, wird als Ziel genannt. *taz*

Ausländer in Kreuzberg mit Fäkalien begossen

Ausgerechnet ein Ausländer wurde am Dienstag in Kreuzberg Opfer eines Anschlages mehrerer linker Autonomer. Als der österreichische Geschäftsmann mit seinem Mercedes an einer Ampel an der Prinzenstraße halten mußte, rissen die drei Täter die Beifahrertür auf und schütteten aus einem Eimer zehn Liter Fäkalien in das Fahrzeug, teilte die Polizei mit.

In einem Selbstbezichtigungsschreiben, hieß es, man wolle „Bonzen" aus Kreuzberg vertreiben: „Kreuzberg muß für alle, die uns hier ans Leder wollen, ein heißes Pflaster werden." Gleichzeitig wurden weitere Angriffe angekündigt.

Bereits im vergangenen Jahr waren in Kreuzberg zahlreiche sogenannte „Bonzenkutschen" angezündet worden. Autonome Gruppen begründeten diese Taten damit, daß sie „Yuppies und Spekulanten", die nach ihrer Auffassung die Struktur des Bezirkes verandern wollen, vertreiben wollten.

Dabei hatten die Täter nach Ansicht der Polizei „ungezielt und maßlos um sich geschlagen". Auch mehrere Autos von Ausländern, besonders in Kreuzberg wohnender Türken, waren angezundet worden, weil die Täter deren Fahrzeuge als „Bonzenkutschen" eingestuft hatten. *Tsp*

Mercedes-Fahrer in Kreuzberg mit Fäkalien besudelt

Der Fahrer eines Mercedes ist am Montag abend Opfer eines Fäkalien-Anschlages geworden. Als der Mann seinen Wagen an der Prinzenstraße in Kreuzberg an einer roten Ampel halten mußte, rissen drei junge Männer die Beifahrertür auf und schütteten einen Zehn-Liter-Eimer mit Kot in das Fahrzeuginnere. Das Auto und die Kleidung des Mannes – ein 51jähriger Ausländer – wurden erheblich beschmutzt. Die mit Jeansjacken bekleideten Täter seien alle etwa 20 Jahre alt.

Bei einer Berliner Tageszeitung ging gestern ein Bekennerschreiben ein. In dem Brief wird gegen eine angebliche „Vertreibungspolitik" von „Kiezbewohnern" polemisiert. „Nobelkarossen" und „Schicki-Micki-Lokale" in Kreuzberg waren schon mehrmals Ziele von Fäkalien-Anschlägen geworden. *hau*

REVOLUTIONÄRE **Harte Welle**

Revolutionare Kultur vor dem AUS ????
Gesucht werden W`s und M`s (auch Paare), die noch traumen können von einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, die auch vor groben Peinlichkeiten nicht zurückschrecken. Wir eine Gruppe mehr oder weniger musikalischer Menschen, genannt "der Heartchor" wollen kein Sextett werden. Daher erwarten wir Euch und Eure Ideen zum VORSINGEN !!! und VORTANZEN !!! am Mittwoch dem 17. Februar in der Reichenbergerstraße 63a, Hinterhaus Souterrain. Stimmbändiger, Rosi-Singers, Roy-Black-Imitationen, GoGo-Boys and Girls, Toilettenrapper usw. das ist die Gelegenheit Euer Schattendasein zu beenden und ins Rampenlicht zu gelangen!!. Über die Aufnahme im Restheartchor entscheidet Spider-klaus und die anderen Brunnenfrösche.
Geboten wird unser letztes Musikvideo vom Mutantenstadel, 1 1/2 Jahre Erfahrung im unmusikalischten Chor Berlins, Getränke und eine angenehme Gesprächsatmosphäre.
Bildzuschriften, Heiratsabsichten, Spitzel etc. zwecklos!!!

Haitianer wollen Einreise in die USA erzwingen

NEW YORK, 1. Februar (Reuter). Auf dem US-Marinestützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba sind rund 270 Flüchtlinge aus Haiti in einen Hungerstreik getreten, um ihre Aufnahme in die USA zu erzwingen. Die 268 Männer, Frauen und Kinder erwarteten von Präsident Clinton, daß er sein Versprechen aus dem Wahlkampf erfülle und sie ins Land einreisen lasse, sagte der Anwalt Michael Ratner. Die meisten der haitianischen Flüchtlinge sind nach Angaben Ratners mit dem Aids-Virus infiziert und sitzen bereits seit über einem Jahr in Guantanamo fest. Alle Flüchtlinge hätten um politisches Asyl in den USA gebeten.

Streifzüge zwischen Feuer und Flamme ★

ALS MILITANTER KERN IN DER AUTONOMEN WOLKE....

...haben wir uns vor einigen Jahren zusammengefunden.Die Erfahrungen im Kampf gegen die Startbahn West hatten uns geprägt;aus und mit den Wechselbädern der autonomenBewegung haben wir uns entschieden,kontinuierlich an einer militanten Aktionsebene zu arbeiten.Wir leben und bewegungen uns in der autonomen Linken,wir waren und sind an verschiedenen Projekten beteiligt.Wir haben Anschläge immer als kleinen,ergänzenden,aber notwendigen und entschiedenen Teil unserer politischen Praxis verstanden.



Auch wenn uns die Auseinandersetzungen um inhaltliche Schwerpunkte,die Fragen um Knast als mögliche Konsequenz oder die vorbereitende Suche nach Aktionsmöglichkeiten regelmäßig beschäftigen, die Aktionen selbst bestimmen nur für kurze Phasen unseren Alltag.
Momente der Bequemlichkeit und Trägheit wollen wir als einschränkende Faktoren unserer Handlungsfähigkeit nicht abstreiten.Aber wenn wir uns mit diesen Aktionen "Zeit lassen",dann doch aus gegebener Einschätzung zum Stellenwert und aus begründeter Vorsicht.
Wir haben nervende Verschiebungen und frustrierende Abbrüche erlebt,und wir haben nicht nur unsere technischen Grenzen kennengelernt.Aber wir können auch einige geglückte Aktionen auf unser Konto verbuchen.Diese kleinen Erfolge sind für uns doch ein aufbauender und ausdauernder Erfahrungswert, um mit ruhiger Entschiedenheit weiterzumachen.
Die Zeitabstände zwischen unseren Aktionen sind oft zu lang.Und angesichts des insgesamt stark gesunkenen linksradikalen Anschlagsbarometers kommen uns diese seltenen Nadelstiche bisweilen zufällig vor.Dennoch wollen und werden wir - mit unseren Zweifeln und gegen den umgehenden Zeitgeist - an unserer Praxis festhalten und versuchen,unsere Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln.

"Unser Ziel ist und war die Verbreitung des bewaffneten Widerstandes,war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen,die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind,die dort mit den Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und auf den unteren Gliederungen des Machtgefüges intervenieren,die also das Handlungsarsenal der legalen Linken um ihre Möglichkeiten der Sabotage,der Bestrafung,der Gegenwehr,der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern.Es geht uns,platt gesagt,zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundaments von Herrschaft,nämlich Ohnmacht,also um die Veränderung der Menschen und nicht darum,"den Staat zu kippen."
RZ in Revolutionärer Zorn 6,Jan.81

Unser Konzept ist in weiten Zügen dem der RZ entlehnt bzw.davon beeinflußt.Entsprechend hat uns die Auflösungserklärung einer tragenden RZ aus NRW getroffen.Als militanter Zusammenhang sehen wir uns in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung: Wir befinden uns in einer ähnlichen politischen Praxis,mit ähnlichen Zielsetzungen,Hoffnungen und Enttäuschungen.Wir sehen uns aufgefordert, unsere eigenen Zweifel und Selbstverständlichkeiten zu diskutieren und als Beitrag zur Debatte um Militante Politik und Perspektive zu formulieren.
Wir hatten uns schon länger überlegt, zu unseren Motivationen und Herangehensweisen einige grundsätzliche Überlegungen zu schreiben.Denn daß militante Gruppen einschlafen oder zerfallen,ist die zunehmende Tendenz der letzten Jahre,auch wenn dazu keine Auflösungserklärungen verfaßt wurden. Insofern war die RZ-Erklärung nur ein letzter Anlaß,uns in diese Diskussion einzumischen mit unseren eigenen Positionen und Erfahrungen in den Bereichen

- Die Linken in der Krise,Utopieverluste -bleibende Motivationen
- Der Stellenwert militanter Aktionen aus unserer Sicht,Fragen der Gegen-Macht.
- Einschätzungen und Perspektiven.

LINKE IN DER KRISE,UTOPIEVERLUSTE UND BLEIBENDE MOTIVATIONEN

Bevor wir unsere Motivation und unsere Resthoffnungen beschreiben,wollen wir kurz skizzieren,wie wir die Hintergründe der Krise der Linksradikalen und damit auch der militanten Linken einschätzen.
Wir denken,daß mehrere ineinander verwobene Ebenen die momentane Krise ausmachen:
Quasi übergeordnet (bis abstrakt) sitzt der tiefe Utopieverlust,die Unvorstellbarkeit einer befreiten Gesellschaft.
Das hat für uns wenig bis nichts mit dem Niedergang des "realen Sozialsimus" zu tun,sondern meint die viel tiefer reichende Zerstörung des Sozialen sowie die Zerstörung des Ökologischen.

Die Zerstörung des Planeten Erde scheint unaufhaltsam und v.a.unumkehrbar voranzuschreiten.Die Zeit ist damit kein Hoffnungsfaktor mehr für eine kommende mögliche Revolution,sondern wird zum Bedrohungsfaktor jedweder Utopie.

Die Zerstörung des Sozialen durch das allgegenwärtige Maschinensystem hat die Menschen in zentrale Abhängigkeiten getrieben.Jeglicher Widerstand dagegen erscheint bestenfalls als reformistisches Korrektiv.Marxisten mögen noch immer auf einen sozialistischen Weltmarkt setzen,in unserer Utopie sind zentralistische Weltmarktzwänge und emanzpatorische Befreiungsvorstellungen unvereinbar;und d.h.letzteres scheint angesichts der geschaffenen Realitäten tendenziell chancenlos geworden zu sein.

Damit verbunden sehen wir die 2.Ebene der Krise:
Es scheint-weltweit - kein weiterkommen zu geben im Prozeß der sozialen Revolution.Aufbrüche und Revolten in den Metropolen haben sich nicht zum erhofften Umwälzungsprozeß verdichtet. Die Ansätze sind vielmehr stecken geblieben,der metropolitane Rassismus drängt uns scheinbar vollends in die Defensive.
Aufstände und (nationale)Befreiungskämpfe im Trikont sind immer klarer an Grenzen gestoßen oder umgedreht worden.

Frauenbefreiungsprozesse wurden zurückgedrängt,v.a.autoritär strukturierte Guerillagruppen vermögen sich auf der Weltkarte zu halten und in den widersprüchlichen Frontstellungen des 2. Golfkrieges hat der Imperialismus nicht nur einen militärischen Sieg davongetragen.Jugoslawien macht fast sprachlos und der Zerfallsprozeß der SU gebärdet sich ebenfalls zunehmend nationalistischer.

Allenfalls verwegene OptimistInnen suchen die weitere Bezugnahme auf sozialrevolutionäre Prozesse. Wenn auch der momentane Zustand historisch als blockierte Krisensituation gesehen werden kann, in Verbindung mit erstgenannten Globalentwicklungen wird diese Blockierung zum scheinbar unüberwindbaren Knoten der Weltgeschichte.

Verknüpft mit diesen beiden Krisenebenen und doch in eigener Dynamik ist die linksradikale, autonome Bewegung hier von Zerfalls- und Auflösungstendenzen geprägt.

Ein Teil flüchtet sich in parteiähnliche Strukturen (Göttinger Antifa/M) der Geschlechterwiderspruch hat in den letzten Jahren zu recht die Männer verunsichert, in ähnlicher Weise stellen die Rassismusdiskussionen der letzten Zeit die weißen Politikvorstellungen in Frage.

Vorangetrieben von autonomen Frauengruppen hatte die Thematisierung patriarchaler Unterdrückung im Rahmen der 88er anti-IWF-Kampagne einen wesentlichen Schub bekommen. Damit verbunden brachte die Auseinandersetzung um einen "Neuen Anti-Imperialismus" wichtige Impulse in die Inernationalismusdiskussion.

Für eine Stabilisierung autonomer Strukturen im Sinne eines kontinuierlichen inhaltlichen Diskussions- und praktischen Organisierunsprozesses reichte das offensichtlich nicht aus. Mit dem vielbeachteten 3:1-Text wurde im Sommer '90 ein weiterer, umfassender Versuch unternommen, das Verhältnis von Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus für autonome Zusammenhänge diskutierbar zu machen. Zwar von zahlreichen Gruppen aufgegriffen, geriet der Text aber eher zu theoretischen Legende als daß sein -wie von den AutorInnen beabsichtigt -"praktischer Sinn" erkannt und aufgegriffen worden wäre.

Wenn sich auch mehrfach Chancen für einen inhaltlichen Entwicklu ngsprozeß abzeichneten (und perspektivisch diese Ansätze ihren strategischen Wert behalten), scheint die momentane Situation geprägt von weitreichender Orientierungslosigkeit und entsprechender Initiativenmüdigkeit.

Die zur Zeit vielfachen, sicher notwendigen, aber völlig reaktiven Antifa-Schutz-Mobilisierungen können über dieses Dilemma nicht hinwegtäuschen, ihr defensiver Charakter ist augenscheinlich.

Eine gute Portion Zähigkeit im inhaltlich wie praktischen Suchprozeß ist - wie wir meinen- schon von nöten, um die Dynamik eines weiteren Niedergangs autonomer Strukturen aufzuhalten und möglichst zu wenden.

Aber Durchhalten allein nützt nichts, wenn wir nicht gleichzeitig die Auseinandersetzung um unsere eigenen Um- und Herangehensweisen führen und als Teil der inahaltlichen Orientierung begreifen.

Die bittere Erkenntnis fällt schwer, daß die eigene Verwobenheit mit wesentlichen Strukturen eines schrecklichen Normalzustandes trotz revolutionärer Ansprüche und Vorstellungen groß ist. Sexismus, Rassismus, Konkurrenz und Abwertung finden sich auch in der linksradiaklen, autonomen Bewegung und in den eigenen Köpfen. Wir sind nur begrenzt in der Lage, das umzusetzen, was wir (zumindest indirekt) fordern.

Um drohender Unglaubwürdigkeit und Zweifeln zu entgehen, thematisieren wir diesen Zustand lieber möglichst selten oder ziehen auch stattdessen eine scharfe Trennungslinie -wir/ der Bruch mit dem System / und die anderen.

Der oft geforderte Bruch gelingt aber, wenn überhaupt, nur in begrenzten Bereichen und die Sozialisation im kapitalistischen Patriarchat führt zu schwerwiegenden Deformationen. Über das "richtige" Bewußtsein allein lassen sie sich nicht beseitigen sondern höchstens verbergen.

Das nicht sehen zu wollen/können bedeutet, sich und anderen einiges vorzumachen und Verformungen an anderen auszuleben. Die klarere Sicht auf die Realität ist u.U. auch frustrierend; Sie erfordert die Betrachtung der TäterInnenseite in uns und fordert die eigene Veränderung (in kleinen Schritten) zusätzlich zur versuchten Veränderung der Verhältnisse.

Das Beschriebene, die weiter abbröckelnde Randexistenz der autonomen Bewegung und die (drohende und) direkte Repression lasten schwer auf Stimmung und Motivation Die Verschiebung persönlicher Interessensprioritäten fällt leichter und damit die Entscheidung für: Beziehung (mit Kindern), Ausbildung, "sinnvolle" Lohnarbeit, u.a.m.

Diese Verschiebung bedeutet dann mindestens begrenzten Rückzug von politischer Arbeit und aus politischen Zusammenhängen. Die Enttäuschungen der Bleibenden über das "im Stich lassen" der Weggehenden provozieren Wut und Ausgrenzungen und bleiben in der Regel auch dahinter verborgen. Hartnäckig erhalten bleibt ein Umgang untereinander, der alten und neuen Interessierten den (Wieder-)Einstieg nicht sehr leicht macht. Der Kreislauf der Auszehrung zieht seine Runden...

Was bleibt angesichts dieser Lage an Motivationen zu weiteren Kämpfen im allgemeinen und an Kraft zu riskanten Aktionen im besonderen?

Einige Überlegungen wollen wir schildern-

Wir haben oben genannte Krisenfaktoren immer mit scheinbaren formuliert.

Wo es eine letzte Sicherheit über den Fortgang der globalen Entwicklung nicht gibt und die Explosivität und Dimension neuer sozialer Kämpfe nicht abzuschätzen ist, da werden wir uns dieser letzte **Hoffnung** nicht berauben.

Was aktuelle Kämpfe und Bewegungen hier betrifft, hoffen wir auf neue Phasen von Aufbruch und Revolte. "Wir halten uns fit für die Kämpfe des 21. Jahrhunderts" -und sehen die unveränderte Notwendigkeit einer sozialrevolutionären Guerilla! Hoffend, daß die beschränkten Möglichkeiten unserer eigenen Gruppe in einer anderen Zeit mehr Bedeutung erlangen werden. Wir wollen unsere Handlungsfähigkeit zumindest bewahren und wenn möglich ausbauen, auch wenn jetzt neue soziale Bewegungen nicht in Sicht sind. Wir "trainieren" weiter, auch wenn einzelne Millionenschäden scheinbar aus der Portokasse bezahlt werden, oder wenn Sabotage momentan nicht allzuviel bewirken kann. Wir finden es richtig, höhere Verantwortliche und kleinere Vollstrecker dieses Unterdrückungssystems einzuschüchtern zu versuchen... Wir werden an diesen Formen der Gegenwehr auch ohne "Zentralperspektive" und trotz Utopieverlust festhalten.

In diesen Entscheidungsmomenten spielen auch subjektive Beweggründe eine Rolle: Wir empfinden die herrschende Realität als unerträglich, unsere Aktionen sind (uns) ein Zeichen von Unversöhnlichheit gegenüber dieser Realität.

Es sind Gefühle der Wut und der Rache, die uns treiben; Gefühle, zu denen wir stehen, solange sie nicht zu Hauptstützen unserer Motivation werden.

Es ist auch moralische Verpflichtung, die uns keine Ruhe läßt; wir wissen um unsere eigenen privilegierten Positionen und die Bereitschaft, diese aufzugeben, ist uns ein Ausdruck, sich zumindest in Momenten mit Entschiedenheit auf die richtige Seite zu stellen,

Diese Risikobereitschaft ist keine automatische Garantie für Ernsthaftigkeit, aber der Unverbindlichkeit werden - zumindest bei kontinuierlicher Betätigung - Grenzen gesetzt. Hier sehen wir den Unterschied zu spontanen Aktionen, deren tragende Wut meist schnell verraucht.

Die Bereitschaft, doch mindestens mehrere Jahre Knast zu riskieren, sehen wir als Konfrontation, die für uns zur Entwicklung einer "revolutionären Identität" dazugehört. Herrschende Legalität wird abgeworfen, die Bestimmung eigener Regeln und Grenzen trägt zu Auseinandersetzung um eine eigenständige Ethik bei.

Militanten Aktivisten wird oft vorgehalten, sie reproduzierten patriarchale Strukturen und männliches Potenzgehabe. Es gibt diese Tendenz, daß Männer bestimmte Formen von Militanz dominieren und prägen; daß militante Aktionen Ziel- und Ausgangspunkte männlicher Heldenphantasien sind. Eine generelle und charakteristische Festlegung, daß Militanz prinzipiell patriarchal sei, können und wollen wir nicht machen. Wir meinen, daß eine solche kritische Diskussion immer notwendig ist als Reflexion aber auch als Teil einer Identitätsfindung.

Die Heimlichkeit, die Verschwiegenheit aus Sicherheitsgründen schaffen eine Isolierung und Entpersonifizierung auch denen gegenüber, die uns nahestehen und die sozialer und politischer Bezug sind.
Als positiver Nebeneffekt kann zwar gesehen werden, daß damit HeldInnenkult sehr schwierig gemacht ist. Aber beim Umgang mit persönlichen Spannungen sind wir auf uns selbst bzw. die Gruppe beschränkt; auch umgekehrt sind wir direkter Einflußnahme und Kritik entzogen.
Eine allgemeine, lebhafte Debatte um Sinn und Ziel, Verantwortlichkeit und Ethik militanter Aktionen, die diese Lücke teilweise anfüllen könnte, findet zur Zeit kaum statt. Ob aus Geringschätzung, Trägheit, Vorsicht, Angst oder einer Mischung aus all dessen, warum Anschlags Militanz so tabuisiert ist, vermögen wir nicht eindeutig zu beurteilen. Die diesbezügliche Leere bringt jedenfalls auch bei uns immer wieder Zweifel auf...
Die Lust am Risiko, an der Aktion, wie sie auch spontanen Aktivitäten oder Strassenkämpfen inne ist, wollen wir kurz aufgreifen, auch auf die Gefahr hin, damit diejenigen zu bestärken, die militante Aktionen als subjektivistisch oder Selbstbefriedigung abtun.
Wir sehen spielerische Momente in der Aktion und auch eine Abwechslung einer ansonsten recht ereignisarmen Welt. Die



direkte Aktionsphase erzeugt einen sonst kaum gekannten Fiebrigkeitszustand, und wir haben spannungsgeladenen Spaß dabei, wenn die Brandsätze abgelegt werden. Doch darin sehen wir keinen Selbstzweck. Wir wissen und fühlen sehr gut um alles Wertvolle, das wir riskieren und bei Entdeckung für viele Jahre verlieren würden. Energie, Spaß und Risikolust wären sicherlich konstruktiver in anderen Bereichen einzusetzen.

ZUM STELLENWERT MILITANTER AKTIONEN UND ZUR FRAGE DER GEGENMACHT

Oft kommt in der Praxis von "militant sein" nur "Steine schmeissen, sich mit Bullen und Faschos kloppen, Konfrontationen suchen, sabotage, anschläge..." rüber, vielleicht ist oft nicht viel mehr dran. Aber nach den Startbahnwiderstandserfahrungen und der schon vor den Schüssen begonnenen Militanzdebatte wurde sowohl die eigene Militarisierung wie auch die inhaltliche und kulturelle Einbindung von Militanz diskutiert.
Gegenwärtig sagen wir, daß wir weiterhin militante Aktionen für sinnvoll halten und praktizieren wollen; wir wollen sie aber in eine Perspektivdebatte miteinbeziehen.
Für unsere gegenwärtige Situation wichtig daran ist, sich nicht einzuschränken und handeln an grundlegende Ziele zu knüpfen. Militanz umfaßt mehr als nur gewalttätige Aktionen genauso wie "natürliche Lebensweise" nicht einfach deckungsgleich ist mit "Revolution".

"WENN MILITANT SEIN HEISST, DASS ICH ALLE MÖGLICHKEITEN NUTZE, DASS ICH NUR JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUE UND ALLE NUR MÖGLICHEN AKTIONEN, UM EIN FÜR ALLEMAL DIE NATÜRLICHE LEBENSWEISE DES MENSCHEN WIEDER EINZUFÜHREN, WENN DASS MILITANT IST, DANN BITTE ICH MEINEN VATER SONNE UND MEINE MUTTER ERDE, DASS SIE MIR LEBEN UND STÄRKE GEBEN, UM VON ALLEN DER MILITANTESTE ZU SEIN."
(EIN MEDIZINMANN)

Obwohl wir in unserer Gruppe unterschiedliche Ansichten über die Zielbindung militanter Aktionen haben, gilt für uns Militanz auf verschiedenen, nicht strikt getrennten Ebenen.

* bewegungsorientierte Militanz

In Hoch-Zeiten gewann sie (fast) Verhinderungscharakter (AKW, Häuserkampf) und ansatzweise die Aufgabe, Räume für selbstbestimmtes Leben zu schaffen. Bei jetzt fehlender Bewegung bleibt "Training" und die Ausnutzung der Handlungsmöglichkeiten.

* Aufklärungs-und Propaganda-Militanz.

Die Aktionen, die eher punktuell und symbolisch Funktionen, Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten aufzeigen und in der Aktionsebene (Nadelstiche) Entschiedenheit und Verhinderungsabsicht propagieren. Sie sollen das Erdulden, Ertragen, Mittragen der Herrschaftsfunktionen aufkündigen, sie fordern zur unmittelbaren Nachahmung auf, bzw. dazu, die eigene Haltung zu verändern. Da wir auch hierin Bezüge zu sozialen Gruppen und Subjekten wollen, die rebellieren, revoltieren, sich wehren, widerstehen, stellen wir auch hier die Frage nach dem konkreten Verhältnis zwischen ihren Absichten, Zielen und Methoden und unseren.
Wir beabsichtigen, sensibel zu bestimmen, wann und wo wir aktiv werden wollen. Meist stellen sich die Probleme, dies bei der Fremdheit und Widersprüchlichkeit auch einzulösen.

*Sabotageaktionen mit dem Ziel, unmittelbar, momentan Funktionszusammenhänge, meist technologischer Art zu unterbrechen.

*Als Beispiel zeigte die RZ-Kampagne gegen das Adler-Unternehmen, daß es auch mit Anschlägen möglich ist, effektiv und erfolgreich, politische Forderungen durchzusetzen - wie auch die Herrschenden eingestehen mußten. Sie ist ein Beispiel einer erfolgreichen militanten Unterstützung eines Streiks in Südkorea und für praktischen Internationalismus. Bei Vergleichen muß die spezielle Situation Beachtung finden.
Es stellt sich immer in diesem Spannungsfeld die Frage, mit welcher Berechtigung und welchen Mitteln interveniert werden kann. Die Gefahr der Funktionalisierung der Betroffenen ist groß, da sie mit Aktionsformen konfrontiert werden, die sie nicht gewählt haben.

Die politische Wirksamkeit dieser Aktionen ist noch abhängig von der "öffentlichen" Vermittlung. Ein Großteil der politischen Inhalte gehen in der bürgerlichen Presse verloren. Diese Einschränkung wiegt umso mehr, je weniger die Aktion aus sich selbst spricht.

Eine grundlegendere Problematik erwächst daraus, daß die meisten Aktionen reagierend sind, "dagegen", und nicht "dafür". Dieses Übergewicht an re-agierender politischer Aktivität ist uns allen bekannt. In unseren Diskussionen haben wir uns die Frage gestellt, ob eine Militanz, die sich reagierend verhält, überhaupt eine eigene inhaltliche Stärke entwickelt. Militante Aktionen scheinen (schränken wir es auf West/süd-Europa oder West-deutschland ein) daran zu orientieren, was das und die Systeme an Repressionen, Ausbeutungen, allgemein an Schweinereien zu bieten haben. Die Aktionen bezwecken Entlarvung, Aufklärung der "Öffentlichkeiten" über den Charakter des Imperialismus, Rassismus usw. bis hin zur Bedrohung einzelner Funktionsträger und ihrer Bestrafung.

Über einen größeren Zeitraum hinweg gesehen, bleibt das Systhem immer an der ersten Stelle, der reagierend die Antwort folgt. So wie eine Vorderseite immer auch eine Rückseite hat. Die Orientierung bleibt negativ, ohne daß sich eine eigenständige Haltung deutlich erkennbar artikuliert.

Sicherlich beziehen sich AkteurInnen auch auf sich, auf subjektive Faktoren wie momentane Ohnmacht überwinden, Wut/Hass ausdrücken, Entschlossenheit auch Solidarität mit den oder anderen Unterdrückten, die sich wehren und für ihre Befreiung kämpfen.

Aber auch die Solidarität bleibt gleichsam eingesperrt in der Fixierung auf das -feindliche- System.

Die THESE ist, daß innerhalb einer solchen Revolutionskonzeption weder im Kleinen noch im Großen das feindliche System verschwindet. In einem Wechselverhältnis Herrschaft -Rebellion-Repression -Widerstand - Herrschaft verfestigt sich, vieleicht mit jeder militärischen Aktionsebene noch unausweichlicher das, was "inneres Band gesellschaftlicher Macht" genannt werden kann.

Wir stellen hier nicht die Frage, ob wir weiterhin gegen das bestehende Unrecht und die etablierten Verhältnissen ankämpfen sollen oder nicht.

Wir fragen, ob aus diesem Kampf von -grob-zwei Seiten, die offensichtlich miteinanderverknüpft sind (durch sich aufeinanderbeziehen) etwas wirklich Anderes, ein neues gesellschaftliches Miteinander entsteht, frei von jeglichen Machtverhältnissen?

Wenn wir unseren Blick erweitern in die gesellschaftlichen Verhältnisse als ein Geflecht von Rassismen, Sexismen, ökonomischen Ausbeutungen und Repressionen aller Art, so schwimmen wir mit unseren Gewohnheiten in dieser "Brühe", obwohl wir mit unseren Bildern und Zielsetzungen das "Neue", "Gute", "Richtige" denken und wollen.

Unsere eigenen Bilder und Ziele wie z.B. FREIHEIT, reproduzieren sich durch die Definitionsmacht des weißen Mannes, die Machtverhältnisse des weißdominierten Rassismus und Sexismus.

Der zweite Satz der These heißt, daß sich durch eine solche negative Militanz das innere Band der Herrschaft immer weiter verfestigt, auch wenn durch Revolutionen ein Wechsel der Herrschenden bewirkt wird.

Militanz richtet sich gegen Macht und Ohnmacht. Doch innerhalb dieser beiden Pole verändert sich nichts Grundsätzliches. Ohne absehbare Perspektive die etablierte Macht stürzen zu können, bleibt die Ohnmacht auf der anderen Seite der Gesellschaft, am meisten am Rande.

Formuliert und formiert sich der militante Teil als Gegen-Macht, so entwickelt sie auch Machtgefüge, die oft den bekämpften Strukturen der etablierten Macht oder den "feindlichen" ähneln. Mag es sich entwickeln bis zum Patt, so können wir aus den Analysen solcher Konstellationen voraussagen, daß die konkurrierenden Macht-und Gegenmachtblöcke zusammenstreben und sich wieder zu einem Machtgefüge zusammensetzen, sei es durch "nationale Vereinigung" oder "Übernahme" von Teilen des gesellschaftlichen Machtapparates durch Formationen der Gegenmacht.

Historisch zog der Sturz der etablierten Macht bisher immer den Aufbau eines neuen Staates nach sich.

In beidem, in der Art des Sturzes und der damit verbundenen staatlichen Neu/Umgruppierung vollzieht sich der Kampf verschiedener Gesellschaftsklassen, miteinander verbunden in der Absicht, das Gesellschaftliche mittels Staat und Hierarchie zu ordnen. Patriarchat und Rassismus äußern sich in Sturz und Neuaufbau. Das innere Band wurde nicht brüchiger durch die Umschichtung, sondern fester.

Wie dieser Zwickmühle entrinnen? Der Gedanke taucht auf, Militanz zu erweitern. Neben dem "dagegen" "anstelle", "zerstören" erscheint auflösen. Auflösen des strukturellen gesellschaftlichen Bindegliedes: von Macht. Loslösen aus dem Wechselspiel zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, Aufbau von persönlicher Fähigkeit/Kompetenz zu selbst bestimmter Freiheit.

Auflösen soll nicht bedeuten, Unvereinbares ineinander aufzulösen, eher: statt schneller Schritte oder Schnitte mehr prozeßhaft gemeintes Auflösen, das Miteinbeziehen, daß das noch nicht alles war, was bisher am Unvereinbaren zu sehen war...

Wir sehen, daß wir damit einen Tabubereich linksradikalen Selbstverständnisses berühren, weil diese Thesen auf "innere Arbeit" hinweisen, die die unterschiedlichen Subjekte befähigen soll, sich selbst bestimmen und aus dem Herrschaftsverhältnis auf ihrer Seite heraustreten zu können.

Klare, unverrückte Weltbilder eindeutige Antworten und griffige Konzepte gibt es nicht.

Denkbar, daß wir neben den "gewalttätigen" Teil von Militanz einen "friedlichen" stellen. Der eine, der äußere Abgrenzung gegen das System gesellschaftlicher Herrschaft bezweckt und den Symbolen und Funktionen von Herrschaft zugewendet ist. Der andere erstreckt sich in die soziokulturellen Bereiche und bildet eine solidarische Gemeinschaft sich emanzipierender Subjekte.

Diese Gemeinschaft bestimmt sich nicht durch "Dagegensein", sondern im "Dafürsein" für eigene Ziele.

Es ist eine Vision einer kleinen (für sich selbst überschaubaren) Gemeinschaft, in der die Menschen in Einklang "natürlicher Lebensformen" überleben(lernen).
Sie werden sich bilden entsprechend der jeweiligen Besonderheiten, mehrere, für sich autonom. Sie werden lernen, wie sie sich miteinander verbinden, wie sie sich mit anderen Personen und "sozialen Gruppen" berühren, wie ein Sich-loslösen und Abgrenzen vom(jeweiligen) System möglich sein wird.

Wir sollten uns auf jeden Fall "das innere Band der Herrschaft" anschauen und klären, was wir selbst mit Herrschaft zu tun haben, auch wenn wir uns als widerständig verstehen. Als Gruppe betonen wir zwar weiterhin die Militanz, aber in der Spannbreite von "Ausdruck unserer Wut" bis hin zu einer Militanzvorstellung, in der die gewaltsame Äußerung gegen außen nicht mehr im Mittelpunkt steht, sondern die Bereitschaft, die inneren und äußeren Gewalten im Zusammenhang wahrzunehmen und aufzulösen.

Werden die Schuldigen der Herrschaftsseite des Systems benannt, und zum Ziel erklärt, so werden andererseits die "Schuld der Unterdrückten" und die eigenen Anteile an Herrschaft, Gewalt und planetare Zerstörung gesucht- der Militanz und uns verlangen wir diese Zerreißprobe ab.

INHALTLICHER BEZUGSRAHMEN UND PERSPEKTIVE

Wir haben unsere Einschätzung und unser fortbestehendes Interesse, militante Tendenz bleiben zu wollen, beschrieben. Daran gebunden ist die Suche nach Emanzipationsvorstellungen und Sozialprozessen, auf die wir uns beziehen könn(t)en.

Eine Grundlage und Bedingung ist die Auseinandersetzung mit der feministischen Diskussion. Sie konfrontiert uns Männer mit den patriarchalen Elementen unserer Geschichte, mit unseren Machtinteressen und unserer Passivität. Unser männliches Denken und Handeln wird ins Wanken gebracht, und diese Infragestellung muß Bestandteil unserer weiteren Entwicklung sein.

Ähnlich verläuft für uns Weiße (Männer) die Erfahrung des eigenen Rassismus. In der Auseinandersetzung mit MigrantInnen wurden und werden wir mit unserer Arroganz -chauvinistischer oder paternalistischer Art konfrontiert. Die Kluft, die Dimension der unterschiedlichen Bedingungen für Schwarze und Weisse, Nichtdeutsche und Deutsche lassen sich darin erahnen.

Eine Zusammenarbeit kann sich nur in dieser Orientierung entwickeln.
Allerdings akzeptieren wir für uns nicht, die Anerkenntnis einer weißen Täterrolle dahin zu wenden, auf eigene Handlungsvorstellungen zu verzichten.
Daß jegliche revolutionäre Perspektive die Auseinandersetzung mit rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnissen beinhalten muß, bleibt für uns erstmal eine theoretische Forderung, das ist richtig. Wir glauben aber, daß alle Versuche der Umsetzung an ein Wechselverhältnis zur Praxis, auch der militanten, gebunden sind!

Im internationalen Rahmen sind die nationalen Befreiungsorganisationen an Grenzen gestoßen, auch die sozialrevolutionären Bewegungen, die alltäglichen Verweigerungen bis hin zu Riots verdichteten sich nicht zu einer "durchbrechenden" Perspektive.
Aber die Modernisierungsvorstellungen des imperialistisch-patriarchalen Systems sind - global gesehen - ebenfalls fast überall gescheitert. In den Blockierungen und in den Kämpfen entsteht jedoch kein kontinuierliches Vorwärtskommen.
Wir vermuten hinter dieser Verteilung der Kräfteverhältnisse eine viel tiefere Unvereinbarkeit von sozialer Revolution und Machteroberung.

Unsere Suche nach Bezugnahmen richtet sich auch auf Sozialprozesse, die nicht notwendigerweise und aus sich heraus die Machteroberung anstreben, sondern in deren Mittelpunkt die Sicherung des Alltagslebens, Emanzipation und Würde stehen. Wenn nicht mehr die Erlangung der Macht das Wesentliche ist, kann vielleicht der Zyklus von Gegenmacht Gegenregierung und Installierung eines neuen/alten Machtapparates durchbrochen werden, der den revolutionären Prozeß nur ausbremst und/oder sich ihm entgegenstellt.
Die zentralen Bezugspunkte antiimperialistischer, antipatriarchaler Solidarität sehen wir dem entsprechend in den weltweiten Überlebenskämpfen, in den Selbstorganisierungs- und Emanzipationsprozessen der Frauen und Männer des Trikont.

Wenn wir ähnliche Bezugspunkte hier im metropolitanen Sozialprozeß suchen, meinen wir nicht die leidige Frage um ein neues oder altes revolutionäres Subjekt. Vielmehr geht es um eine genauere, ausdauernde Auseinandersetzung mit einer vielfach aufgespaltenen und zergliederten Gesellschaftlichkeit. Wir wollen die von unten nach oben gerichteten Momente aufgreifen, sie sind vorhanden und entstehen immer wieder neu. Dagegen steht die Widersprüchlichkeit zwischen und innerhalb sozialer Gruppen,

ja bis in die einzelnen Subjekte hinein, die wir thematisieren müssen, ohne in einfache Abgrenzungen zu verfallen.
Eine progressive Verweigerung gegen Normen der Arbeitsproduktivität schließt reaktionäre rassistische Momente im selben Subjekt nicht aus. Das antirassistische Verhalten von Migranten kann mit ganz offenen Formen von Sexismus zusammengehen. Und unsere eigenen, weißen, männlichen Widersprüchlichkeiten lassen sich da problemlos anfügen.
Beziehen können und wollen wir uns auf die Tendenzen und Anteile in den sozialen Gruppen und Subjekten, die sich zumindest in einzelnen Punkten ihrer Zurichtung und Entfremdung von oben widersetzen(wollen) und die ihre Ohnmacht und Opferhaltung aufzubrechen suchen, ohne sie gegen andere im sozialen Unten zu richten.

Autonome Klarheiten wird es in diesem Such- und Auseinandersetzungsprozeß nicht geben, eher viele Widersprüche, Unsicherheiten und Fremdheiten.
In der (Rück-)Flucht ins autonome Ghetto sehen wir keine Alternative.
Ansätze von Initiativen in den sozialen Terains gab und gibt es, mehr oder weniger intensiv, teils abwartend oder in Widersprüchen blockiert. Auf der Basis gemachter Erfahrungen wären alte Ansatzpunkte wieder/verstärkt aufzunehmen bzw. neue zu suchen.



Wir wollen beispielhaft das soziale Spektrum gesellschaftlicher Konflikt- und Widerstandsbereiche kurz anreißen, wissend, daß die folgende Aufzählung allzu summarisch erscheint. Denn gerade in den vielfachen Überschneidungen liegt eine Chance

die Trennungen in verschiedenste Einzelinteressen zu überwinden und Brücken zu schlagen.



* Prostituierte, Drogenabhängige, obdachlose Frauen und Männer, die wenig bis nichts mit uns zu tun haben(wollen), aber von Vertreibung, Repression und Ausgrenzung betroffen sind. In ihren Lebensformen steckt auch die Verweigerung, sich der Verwertungsnormalität zu unterwerfen.

* AIDS-Kranke und HIV-Infizierte, die um ihre Würde kämpfen und sich gegen ihre Stigmatisierung wehren.

* Schwule und Lesben, die der Hetero-Normalität den Rücken kehren und immer offener ihr Recht auf ihre Form der Liebe und des Lebens einfordern.

* "Behinderte", die mit ihrer Vorstellung von "Integration" ihre und die zukünftige Auslese und ausmerze in Gestalt von Gentechnik, pränataler Diagnostik und Sozialethik bekämpfen.

* Gefangene Frauen und Männer, die für Verbesserungen in den Knästen kämpfen, sich nicht anpassen und gegen die Isolation rebellieren.

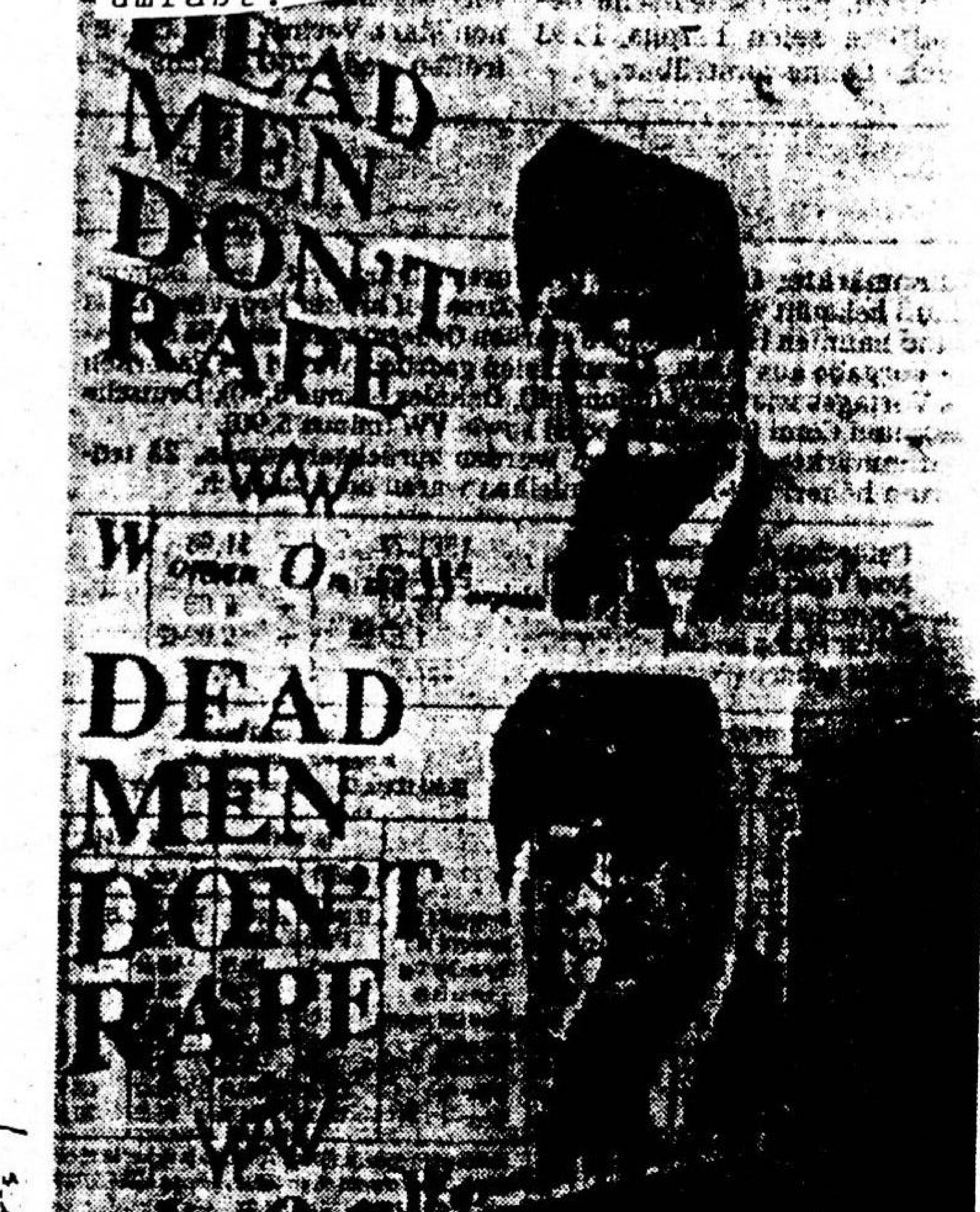
* Frauen und Männer auf der Flucht die hier ihr Lebensrecht und bessere Einkommensbedingungen fordern, die sich in zunehmendem Maße rassistischer Angriffe erwehren müssen und die in vielfachen Formen gegen ihre soziale Entrechtung und Abschiebungen kämpfen.

* Einwandererjugendliche, die dem Rassismus auf der Straße Grenzen setzen und sich mit einer breiten Palette legaler wie illegaler Einkommensformen den ihnen zugedachten Niedriglohnarbeiten entziehen.

* MieterInnen, die ihre Auspressung nicht mehr länger hinnehmen wollen und darin neue Wege von Verständigung und Gemeinsamkeit suchen.

* BezieherInnen von Arbeitslosen- und Sozialgeld, die - wenn auch zuerst vereinzelt - die alltägliche Auseinandersetzung mit den Ämtern führen.

* ArbeiterInnen, deren Verständnis von Arbeitskampf sowohl Krankfeiern, langsam arbeiten als auch (politischer) Streik umfaßt.



Hier patroullieren in unregelmäßigen Abständen die ♀-Kiez-Miliz

„Das Denkmodell einer netzförmig angelegten Herrschaft ist als Vorstellungsbehelf gar nicht schlecht: Die Maschen des Netzes sind weiter (Metropole) oder enger (Trikont). Die Fäden älter (Patriarchat) oder neuer (Kapitalismus), stabiler (in der BRD z.B.) oder schwächer (in Mittelamerika z.B.). Die Fäden bilden unterschiedliche Knoten (Rassismen sind anders mit Kapitalismus verbunden als das Patriarchat usw.) und das Netz wird von manchen repariert und neu geknüpft (Kapital, Staat, Weiße, Männer), um andere zu fesseln (Frauen, Schwarze, ArbeiterInnen) und die zerreißen es, so gut sie können.
Die Vorstellung einer netzförmigen Herrschaft, in der jeweils - bei jedem Faden und Knoten - oben und unten erhalten bleiben, aber keine alleinige Ursache, kein Hauptwiderspruch mehr vorausgesetzt wird, berührt auch die Frage nach dem revolutionären Subjekt."

(Klaus Viehmann u. GenossInnen, Drei zu eins. Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus)



Die Verschiedenheit zwischen den sozialen Gruppen und die Widersprüchlichkeiten lassen einfache Homogenisierungen nicht zu.
Eigenständige Organisierungsprozesse entlang bestimmter Konfliktfelder oder in sozialen Gruppen begreifen wir als notwendige und richtige Antwort auf eine zergliederte und widersprüchliche soziale Realität.
Wir halten daran fest, die von unten nach oben gerichteten Momente aufzugreifen und Kämpfe bezugnehmend und einander vermittelnd zu unterstützen.
Denn die Suche nach Gleichzeitigkeiten und Aufeinanderbezogenheiten in all diesen Widerständigkeiten und Kämpfen ist zentral. So kann der Knoten aus Wertraub, Fremdbestimmung und Unterdrückungsverhältnissen zerschlagen werden!
Darin sehen wir die Hoffnung auf einen sozialen Revolutionsprozeß, hier und weltweit.

EIN WOLKENKUCKUCKSKERN



RESOLUTION
für die Freilassung eines Wiesbadener Antifaschisten

Am Mittwoch den 6. 1. '93 wurde gegen 19.30 Uhr ein Treffen von Faschisten in Mainz angegriffen. Dabei wurden zwei Autos der Faschisten demoliert und einige Nazis verletzt. Bei den Faschisten handelte es sich um Anhänger der "Deutschen Alternative". Während die Polizei das Treffen einer verbotenen Naziorganisation duldete, errichtete sie noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung auf der Suche nach AntifaschistInnen. Gegen 23.00 Uhr, also 3 1/2 Stunden später fuhr ein Wiesbadener Antifaschist in eine solche Straßensperre. Er wurde sofort unter dem Vorwand des schweren Landfriedensbruches festgenommen, sein Auto und seine Kleidung wurden beschlagnahmt. Der verhaftete Antifaschist wurde ins Mainzer Polizeipräsidium verfrachtet und am nächsten Tag dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dieser verfügte, ohne einen direkten Zusammenhang zwischen Festnahme und Tatvorwurf herzustellen, weitere Untersuchungshaft an. Die einzige Begründung lautete formal-juristisch auf Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Für den Antifaschisten bedeutet dies mindestens weitere zwei Wochen Haft bis zum nächsten Haftprüfungstermin, im Maximalfall bis zu 6 Monate.
Das Vorgehen von Polizei und Justiz in diesem Fall macht eine Tendenz deutlich, die in der ganzen BRD beobachtet werden kann. Der Zunahme von faschistischen Übergriffen konnten auch Lichterketten kein Ende setzen. So gab es im Bundesgebiet bis Anfang Dezember '93 4147 Sraftaten Rechtsextremer Personen, darunter 502 Brand- und Sprengstoffanschläge sowie 434 Angriffe gegen Menschen, darunter 28 Morde. Ermittelt wird in 678 Verfahren, 362 Personen wurden als Tatverdächtige festgestellt. Die gefällten Urteile gehen von Freisprüchen über Verwarnungen bis zu Bewährungsstrafen, in wenigen Ausnahmen wurden Freiheitsstrafen verhängt.
Dem entgegen steht die Reaktion von Polizei und Justiz gegen Linke und aktive AntifaschistInnen. So wurden in Karlsruhe zwei Antifaschisten monatelang in Untersuchungshaft gehalten, mit dem Vorwurf einem Faschisten die Aufnäher abgenommen zu haben. In Göttingen wird gegen ca. 20 Personen aus dem linken, antifaschistischen Spektrum wegen § 129 a (Bildung, Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), aufgrund angeblicher Beteiligung an Anschlägen; was allerdings weder politisch noch faktisch nachzuweisen ist.
Die Reihe der Beispiele ließe sich an dieser Stelle noch um einiges erweitern...
Das angekündigte staatliche "Durchgreifen gegen Rechts" bleibt somit sichtlich auf reine Willensbekundung beschränkt, während für die Verfolgung von Linken und AntifaschistInnen nach wie vor die meiste Energie aufgebracht wird.

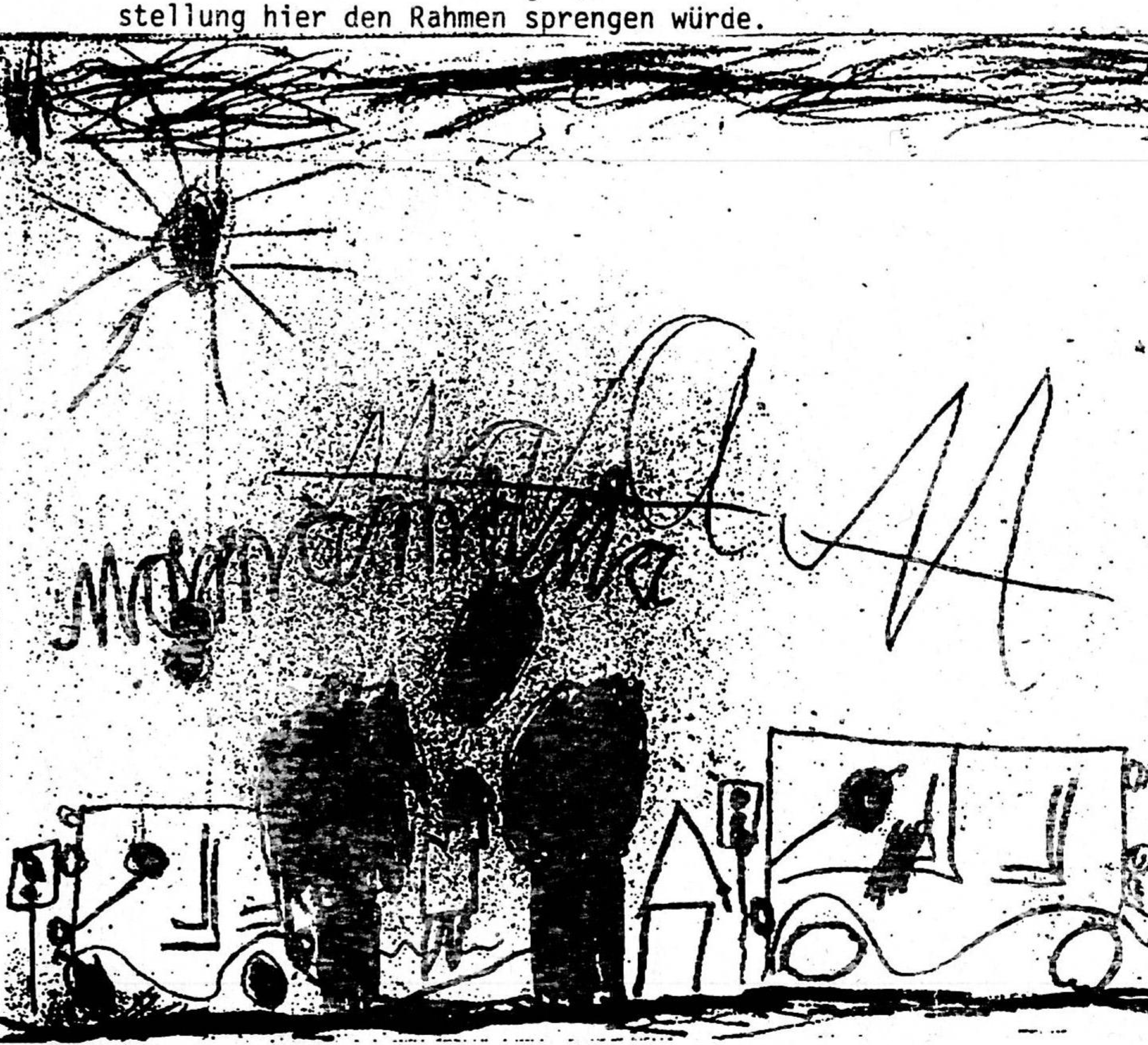
Dieses Mißverhältnis von staatlicher Reaktion auf Faschisten einerseits und AntifaschistInnen andererseits erfordert mehr denn je die aktive Solidarität aller antifaschistischen Menschen und Organisationen !

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE FREILASSUNG DES ANTIFASCHISTEN UND DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN ANTIFASCHIST/INNEN!!!

SEXUELLE GEWALT gegen KINDER

gegen die Verharmlosung und Verdrehungen in der öffentlichen Diskussion!

seit einigen Jahren wird sexuelle Gewalt an Kindern thematisiert und immer neue Fälle werden öffentlich, was vor allem an der Initiative der Betroffenen und UnterstützerInnengruppen (wie Wildwasser oder Zartbitter) liegt.
sexuelle Gewalt hat viele Formen: vom ungewollten Abschiedsküßchen, betätscheln, mit Blicken abschätzen bis zur Nötigung zu sexuellen Handlungen, Vergewaltigung und Mord. die Gewalt wird oft über Jahre ausgeübt und die Kinder mit massiven Drohungen zum Schweigen gezwungen. die Gewalt richtet sich vor allem gegen Mädchen und Frauen, die dadurch auf brutale Weise physisch und psychisch in die für sie vorgesehene Rolle gezwungen werden.
das ohnmächtige Ausgeliefertsein der Mädchen unter die Macht der Männer (meist Väter oder Verwandte) legt die freie Verfügbarkeit des weiblichen Körpers fest, führt zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust, einer massiven Zerstörung des Selbstwertgefühls und vielen weiteren Auswirkungen, deren Darstellung hier den Rahmen sprengen würde.

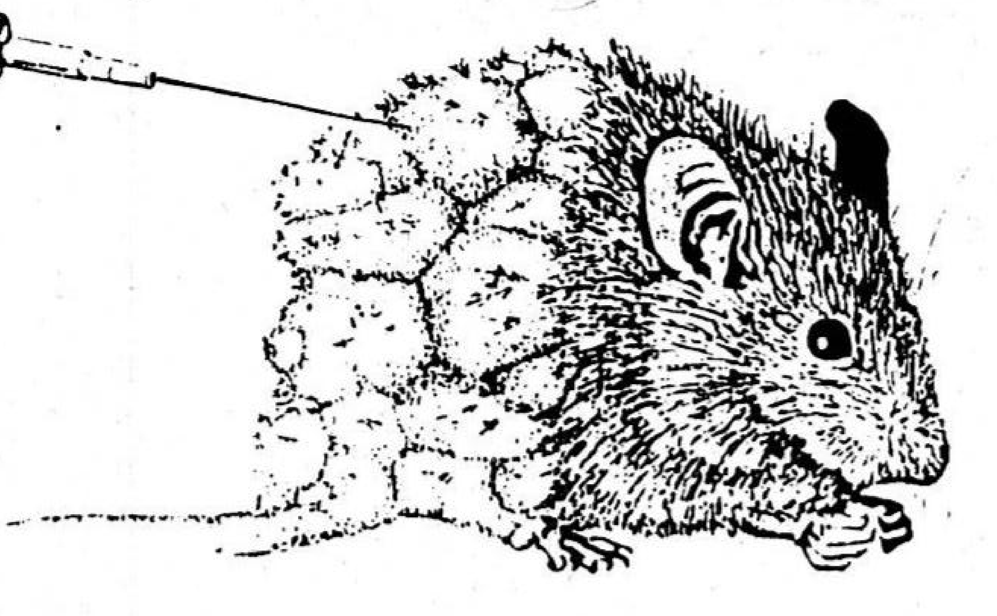


Zeichnung eines sexuell mißbrauchten Kindes in der Therapie

das gesellschaftliche Umfeld verschärft dabei noch diese Folgen, indem es parteiisch für die Täter ist.
Mittlerweile ist klar, daß es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt: mindestens in jeder vierten Familie (so eine Schätzung) kommt es zu solchen Gewalttätigkeiten. durch diese Familienstrukturen werden die patriarchalen Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft mitbegründet und gefestigt.
gegen das wachsende Bewußtsein darüber und gegen die öffentlich geführten Diskussionen gibt es seit ca. 2-3 Jahren eine Kampagne mit dem Ziel die Darstellungen der Gewalttätigkeiten unglaubwürdig zu machen und Mädchen und Frauen, die solche Gewalt erfahren haben zu verunsichern und zu verhindern, daß sie über die individuelle Auferbeitung hinaus die gesellschaftliche Struktur erkennen und womöglich angreifen und verändern.
so vertreten Psychologie-Professoren der Dortmunder Uni die Meinung es würde eine "Überthematisierung des Themas" stattfinden, beklagen die "massive gesellschaftliche Ächtung" dieser "Form sexuellen Verhaltens" und greifen direkt die UnterstützerInnengruppen Wildwasser und Zartbitter an, deren Parteilichkeit sie als "verhängnisvoll" ansehen. die berliner Pädagogin K. Rutschky vertritt in ihrem Buch: "Erregte Aufklärung. Kindesmißbrauch: Fakten und Fiktion" die These es werde mit der "Angst vor Mißbrauch Panikmache" betrieben, die zur"Verteufelung alles Sexuellen" führen solle. so kritisiert sie: "bei den HelferInnen zirkuliere schon die Idee, sexueller Mißbrauch beginne im Grunde bei allen Verhaltensweisen, die dem Mädchen vermitteln, daß Männer frei über es verfügen können, beispielsweise lüsterne Blicke, das klatschen auf den Po oder das Betasten und Begutachten körperlicher Rundungen". beim verbreiten ihrer Thesen findet sie Unterstützung und Platz für Artikel z.B. im Spiegel und der TAZ!
es gibt noch mehr Personen und Institutionen (wie etwa das ZEGG, Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung), die sich an der Kampagne beteiligen, was wir jetzt aber nicht alles aufgearbeitet haben.
uns geht es um einen aktuellen Fall in Köln: im Oktober 92 ging ein Prozeß zuende, in dem zwei Brüder (31,33) wegen Mißbrauchs ihrer Kinder angeklagt waren. mit Teufelsmasken verkleidet überfielen sie die Kinder und drehten von ihren Gewaltakten auch noch Kinder-Pornos. Der eine Bruder wurde freigesprochen und erhielt Haftentschädigung, der andere wurde zu lächerlichen 15 monaten auf Bewährung verurteilt. der Richter der Jugend"schutz"kammer, Michael Bormann, begründete sein Urteil damit, daß "Verletzungen im Schambereich auch auf natürliche Art" zu erklären seien, "einige Anschuldigungen so ungeheuerlich seien, daß sie in den Bereich der kindlichen Phantasie gehörten" und "die Teufelsmasken ein Erziehungsmittel" wären. auch beklagte sich der Richter darüber viele Briefe bekommen zu haben und dadurch"unter Druck gesetzt" worden zu sein.
eben dieser Richter, Michael Bormann, soll demnächst ein Seminar für Mitarbeiter im sozialen und pädagogischen Bereich abhalten, daß das Thema "Das strafrechtliche Verfahren bei körperlicher und seelischer Gewalt, Vernachlässigung und sexuellem Mißbrauch an Kindern und Jugendlichen" hat. Veranstalter ist das Jugendamt Köln und geplant ist das Seminar für den 21.4., 9-12 Uhr, der Ort ist noch unklar. überlegt was dagegen zu machen ist und macht Vorschläge.

Kein Patent auf Leben !!!

Am 13.5.92 erteilte das Europäische Patentamt in München das Patent Nr. EP 0 169 872 auf die sogenannte "Krebsmaus" des amerikanischen Chemie - Multis Du Pont.
Diese Maus ist derart genetisch manipuliert, daß sie und ihre Nachkommen besonders leicht Brustkrebs bekommen, sie also für Laborexperimente der "Krebsforschung" besonders geeignet scheint.



Diese Maus ist dabei in zweifacher Hinsicht eine trojanische:
1. Lautet das Patent ausdrücklich auf "alle nicht - menschlichen Säugetiere, die besonders leicht Krebs bekommen können".
Diese Formulierung wurde absichtlich gewählt, um das Europäische Patentübereinkommen zu umgehen. Dieses schließt (einzelne) Pflanzensorten und Tierarten vom Patentschutz aus.
Der Trick: Nicht <u>ein</u> manipuliertes Tier wird patentiert, sondern eine ganze Klasse von Lebewesen.
2. Stellt dieses Patent einen Präzedenzfall dar, denn bisher waren Pflanzen und Tiere eben ausdrücklich von der Patentierung ausgeschlossen.
Gegen die Erteilung von Patenten ist 9 Monate lang Einspruch möglich. Diese Eispruchsfrist läuft am 13.2.93 ab.
Der Europaweite Widerstand ist wichtig um dem Druck der Gen - techlobby etwas entgegenzusetzen.
Für **sie** ist Gentechnik nur lohnend, wenn die hohen Forschung - **kosten später** über ein Produkt, das vermarktet wird wieder **hereingeholt** werden können.



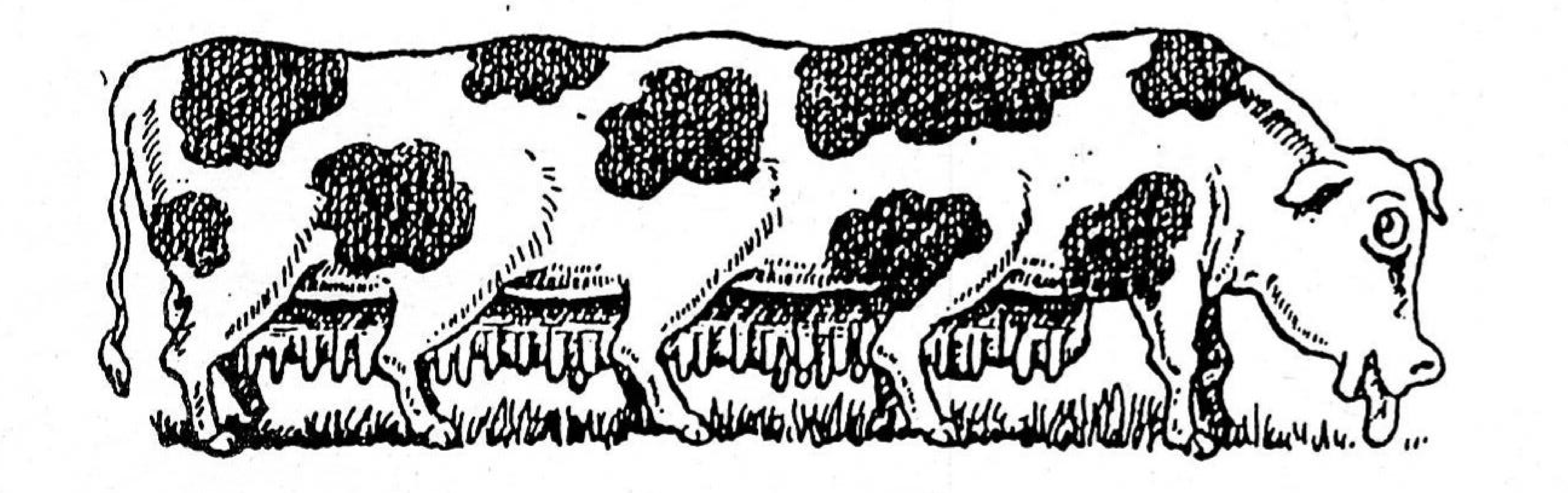


Das Europäische Parlament gibt diesem Druck mehr und mehr nach.
Eine EG - Kommision zur Erarbeitung von Patentierungsrichtlinien will in Zukunft Patenterteilungen auf Tiere, Pflanzen und sogar Teile des menschlichen Körpers (und bald darauf ganze Menschen?!) erlauben. Diese Richtlinie wurde von Europaparlament bereits in erster Lesung abgesegnet.
Gentechnik ist an sich schon der helle Wahnsinn. Mit der Patentierung von Lebewesen steht auch dem Profit den Gentech - nikerInnen daraus ziehen können nichts mehr im Wege.
Wir müssen uns gegen die Patentierung von Lebewesen zur Wehr setzen !



Patentierung von Lebewesen bedeutet:
- Die PatentinhaberIn erhält das Eigentumsrecht an nicht einer, sondern allen nachfolgenden Generationen ihrer "Erfindung";
- Damit werden Lebewesen entgültig Kronenkorken, Entkorkungs - verfahren, oder technischen Apparaten (bisher waren nur Sachen oder Verfahren patentierbar) gleichgesetzt.
- BäuerInnen müssten danach für das selbsterwirtschaftete Saatgut einer manipulierten Pflanze Lizensgebühren bezahlen. (d.h. es wäre fortan Patentraub die Kerne einer selbstgeernteten aber irgenwann mal gentechnisch manipulierten Pflanze in die Erde zu stecken!)
- Die meisten Pflanzensorten, die wir heute verwenden kommen ursprünglich aus dem Trikont. Die südlichen Länder kommen in die absurde Situation, ihre genetische Vielfalt einerseits unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und andererseits dann nach der Veränderung durch GentechnologInnen dazu gezwungen zu werden die "Neuzüchtungen" für viel Geld zurück - zukaufen.

- Es sterben dabei alte Sorten aus, weil sie von "Hochleistungssorten" und viel Chemie verdrängt werden.
- VerbraucherInnen müssten dann bald höhere Preise für Lebensmittel und Medizin in Kauf nehmen. Mit einer Vielzahl von Patenten, die auf einem einzigen Produkt liegen können, werden Lebensmittel zu Luxusartikeln.
- Die Grundlagen von Menschenrechten werden in Frage gestellt, wenn bald (Körperteile von) Menschen dem Nutzungsrecht von PatentinhaberInnen unterliegen.



- Tiere, ohnehin schon in sinnlosen Experimenten gequält oder zu Produktionsmaschinen degradiert, werden noch mehr ausgebeutet, um aus ihnen noch mehr Milch, Fleisch oder pharmazeutische Produkte herauszuholen.

Patentierung von Lebewesen ist der Gipfel der technokratischen Lebensverachtung !!!



Embryonen-Mix aus Schaf und Ziege: Schiege

Wir müssen uns dagegen wehren !!!

Wenn uns heute dieser Einspruch nicht gelingt, ist es vielleicht für immer zu spät.

Wir rufen deshalb auf zum

Aktions - und Demonstrationstag am 13.2.93 in München



Die eierlegende Wollmilchsau

dazu findet am 8.2. im Mehringhof, blauer Salon ein Vorbereitungstreffen statt.

Bekämpfen wir die Geningenieure !

Aktionen jeder Zeit und überall sind gefragt !

Wehrt Euch !!!

Entscheidung über Kartoffeln verschoben

Das Bundesgesundheitsamt in Berlin hat die Anhörung über den vom Institut für Genbiologische Forschung (Berlin) beantragten Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Stärkekartoffeln vertagt. Nur fünf der neun strittigen Fragenkompiexe wurden aus Zeitmangel angehört. Da die Erörterung nicht mehrere Tage unterbrochen werden darf, muß sie neu anberaumt werden. Ein neuer Termin wird in zwei bis drei Wochen erwartet. Ziel der Manipulation bei den Kartoffeln sind eine veränderte Stärkezusammensetzung, erhöhte Stärkeanteile und vergrößerte Knollen.

Das Anhörungsgremium aus Vertretern des Bundesgesundheitsamtes, Experten des Umweltbundesamtes, der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig und der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit werden am heutigen Montag in Wallerfing im Kreis Deggendorf/Bayern eine Anhörung zu einem Freilandversuch mit virusresistenten Zuckerrüben der KWS beginnen. Dort will das Einbecker Saatzuchtunternehmen gentechnisch veränderte Rüben in einem Rizomania-Befallgebiet anbauen. dpa

Oh Göttin , laß es Hirn regnen !

Aufgrund der zum Teil äußerst heftigen Reaktionen auf unseren Artikel Interim 220/ einige Frauen, halten wir es für notwendig, die aufgetretenen Mißverständnisse zu beseitigen.(alle die ' s betrifft : hättet ihr mal genauer gelesen und vielleicht weniger dogmatisch interpretiert, hätten wir uns alle viel Zeit / Nerven und Papier sparen können)

— Hari hat vergewaltigt (... die Vergewaltigung, die Hari begangen hat...)

— wir wollen weder von der betroffenen, noch von anderen Frauen blaue Flecke/ Beweise / Rechtfertigungen hören (an die " weißte was ... " Frauen : wie definiert ihr Vergewaltigung ?)

— unsere Definition : alles, was im körperlich / sexuellen Bereich gegen den Willen einer Frau geschieht
⇒Hari hat im Sinne dieser Def. vergewaltigt und nicht im sog. strafgesetzlichen Sinne.

— Frau definiert was für sie eine Vergewaltigung ist. Diese Def. wird von uns nicht angezweifelt

— wir drohen nicht, sondern wir bringen unsere eigene Unsicherheit zum Ausdruck (uns bei der näxten Aktion erstmal Zweifel kommen)
(btr. " Zweifel " : laut Duden Urteilsunentschiedenheit gegenüber einem möglichen Sachverhalt)

— wir lehnen nicht die Öffentlichmachung an sich ab, sondern wir hätten uns gewünscht, daß auf dem Plakat die eigene, erweiterte Def. der " weißte was..." Frauen erscheint, weil der erweiterten Definition leider die gesamt- gesellschaftliche Basis fehlt (nicht einmal in der "Szene" die erweiterte Def. Konsens ist).

— zur Frage , warum die Diskussion in der I. :
" weißte was..." hatte uns über die I. erreicht- logischerweise antworteten wir also ebenda.

— zum Vorwurf Strategiediskussion:
es liegt uns fern (ferner am entferntesten), Strategien zu diskutieren. Damals (I.220) glaubten wir noch grundsätzlich über Vergewaltigung und auch Patriarchat, Männer- / Frauenverhalten ,Sexualität / Grauzonen / Verführung etc.pp. diskutieren zu können.

— zum Vorwurf : ...reduziertes Anliegen, in den Männerhirnen etwas ändern zu wollen
wir hatten uns auf eine Aussage zu der Plakataktion bezogen.In der Diskussion kam u.a. als Argument für die Plakataktion, daß sich auch und gerade durch diese Aktion das Verhalten der Männer ändere. Wir bezweifeln daß sich durch solche Plakate etwas ändert, weil sich erfahrungsgemäß unter Druck nix ändert, zumindest nicht langfristig (heißt : in den Hirnen) Und ganz allgemein gesprochen ist es ja auch erstmal nix Schlechtes, wenn sich auch in den Hirnen der Männer etwas ändert.

Zur Interim :

1. Solltet ihr euch den dargestellten Meinungen der HamburgerInnen anschließen bzw. sie teilen, so scheinen die Diskussionen der letzten 2 Jahre über Stalinismus völlig an euch vorübergegangen zu sein. Wir bitten um Aufklärung (weil wir ja anscheinend so blöd sind). Was soll mit folgendem Satz ausgesagt werden : " Vergewaltigung ist grundsätzlich rassistische Gewalt, in der imperialistischen Klassengesellschaft faschistische Unterwerfung der Frau."
Dazu fällt uns einfach nichts mehr ein.

2. Interim Nr.223:

   Warum kommt der Text der Notruffrauen (in dem es um Vergewaltigung geht) erst auf Seite 26 und nicht im logischen Anschluß an die Diskussion in der Interim ?

3. Wieso ist der Artikel (unterschrieben Dezember ' 92) zum Thema im Ordner gelandet ? "... ich befürchte, daß sie (die Gedanken) u.U. der autonomen Interim-Red. Struktur oder ähnlicher Bearbeitung unterliegen werden, da sie wohl nicht innerhalb dessen liegen, was mutmaßlich in der Szene noch diskutiert werden darf, wenn die Behandlung des "einige Frauen"- Papiers (I,220) durch die Redaktion richtungsweisend ist. ...."

   Und, wo ist das Papier gelandet ?? Im Ordner !!!
   Dazu fällt uns noch weniger ein .

   Wir erwarten, unsere Darstellung und unsere Fragen an euch in der Interim veröffentlicht zu sehen !

   nochmals : einige Frauen

Zu den Gesprächen in Tutzing

aus: Angehörigeninfo 99 & 101

Zur Frage von „Geheimverhandlungen"

Seit längerem kursieren Gerüchte über „Geheimverhandlungen". Genährt wurden sie insbesondere durch die Existenz eines Protokolls über ein angeblich geheimes Treffen von Angehörigen, ehemaligen Gefangenen und der Gegenseite, sprich: Kinkel, der damals (Mai '92) noch Justizminister war, an der Evangelischen Akademie in Tutzing. Wir können an dieser Stelle heute den Ursachen für derartige Gerüchte umfassend nicht auf den Grund gehen. Das wäre, so meinen wir, auch die Sache derer, die den Verdacht hegen, es könne im klassischen Sinne des Wortes „Geheimverhandlungen" zwischen den Gefangenen oder sogar der RAF und dem Staat geben. Was wir jedoch können, ist, das Gerücht um Tutzing aufzuklären. Siehe hierzu übrigens auch das Gespräche zwischen Gisela Dutzi und Mathias Meyers in der letzten „Clock work 129 a". Gisel erklärt dort:

„es sind ja verschiedene ebenen, auf denen schritte zur freiheit gelaufen sind. wir hatten was gesagt zur entwicklung hier draußen. die andere ebene sind die initiativen, die es von drinnen, von den gefangenen gab.

um die situation einzuschätzen, wo wir jetzt angekommen sind, ist es notwendig, das transparent zu machen.

es gab anfang mai verschiedene initiativen zum staat hin. das waren gespräche, deren sinn darin bestand, die position der gefangenen deutlich zu machen. es gab z.b. eine delegation von anwälten, angehörigen und ehemaligen gefangenen zu einer tagung anfang mai in tutzing. das ist eine evangelische akademie, und die bedeutung der treffen, die dort veranstaltet werden, ist eigentlich sehr klar — es geht da um eine befriedung, um ‚lösung' von konflikten und problemen im sinne des staates. es gab von uns die überlegung, das terrain in diesem fall nicht ihnen zu überlassen, die möglichkeit zu nutzen, den vertretern vom staat und den reformistischen gruppen deutlich zu machen, daß die gefangenen sich nicht aufspalten lassen, daß es keine individuellen lösungen gibt, daß es ein politischer konflikt war und ist und daß deshalb auch die frage der freiheit politisch, d.h. für alle, behandelt werden muß.

die vorstellungen der gefangenen bestehen darin, daß in einem absehbaren zeitraum von zwei, drei jahren die freilassung erfolgen muß, daß zuerst die haftunfähigen raus müssen, vor allem bernd rößner, daß es keine schritte der anderen gefangenen — anträge zur freilassung gibt —, bevor bernd nicht draußen ist, daß die gefangenen gesprächsmöglichkeiten untereinander brauchen.

es ging um die darstellung der position der gefangenen, ihre vorstellungen der konkreten schritte zur freiheit, aber auch darum, die reaktionen mitzukriegen, um so die eigene einschätzung präzisieren zu können."

Rosita Timm, die nach Absprache mit den Celler Gefangenen an diesem Treffen teilgenommen hat, legte die Gründe hierfür und den Verlauf auf einer Versammlung in Hamburg dar. Im folgenden drucken wir eine Zusammenfassung dessen, was dazu gesagt wurde, ab.

Rosita Timm besucht seit längerem die Gefangenen in Lübeck (Irmgard Möller, Gabi Rollnik, Hanna Krabbe, Christine Kuby) und Celle (Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer, Knut Folkerts). Klaus Jünschke hatte sich an die Gefangenen Lutz Taufer und Hanna Krabbe gewandt, weil an der Evangelischen

Akademie in Tutzing wieder einmal eine Diskussion in und vor erlauchtem Kreis zum Thema „Gefangene" stattfinden sollte. Als „VertreterInnen" der Gefangeneninteressen sollten er selbst und Antje Vollmer (!!) daran teilnehmen. 1989 während des Hungerstreiks hatte es bereits einen ähnlichen exklusiven Meinungsaustausch unter der Ägide des Leiters der Akademie, Hanusch, gegeben. Damals hatten sich die Gefangenen, deren Angehörige und FreundInnen jedoch noch strikt geweigert, teilzunehmen. Der Grund: Die Akademie in Tutzing war und ist bekannt für ihre staatstragenden Initiativen, es bestand und besteht immer die Gefahr, daß die eingeladenen Betroffenen im Sinn integrativer Systempolitik ausgebeutet werden. Deshalb war es auch in den Kreisen radikaler Politik (das betrifft nicht nur das Thema „Gefangene", sondern auch solche wie „Atomenergie" und andere gesellschaftlich stark umstrittene Bereiche) ein Tabu, an solchen Diskussionen in Tutzing vor ausgewählten JournalistInnen und StaatsvertreterInnen teilzunehmen. Wäre jetzt, Mai '92, die Initiative, dennoch daran teilzunehmen, nicht von den Gefangenen selbst ausgegangen, niemandem wäre der Gedanke gekommen. Die Gefangenen aber drängten (insbesondere die Celler), und auf einem AnwältInnentreffen wurde noch einmal die Meinung der Gefangenen zusammengetragen, die hierzu befragt worden waren. Diese hatten aufgrund der Angaben ihrer AnwältInnen eine Teilnahme befürwortet. Die Vorbereitung zu Tutzing lief dennoch recht schleppend, weil die meisten „draußen" eben keine große Lust auf Tutzing hatten. So wurde denn erst auf den allerletzten Drücker telefonisch eine Teilnahme zugesagt.

Von GefangenenvertreterInnenseite nahmen daraufhin ein Ex-Gefangener, mehrere Angehörige, zwei AnwältInnen und vier Gefangenen-BesucherInnen teil. Ob zu dieser Diskussion Kinkel, wie vorgesehen, kommen würde, war bis zum Schluß allerdings nicht klar, weil es die letzte Woche für ihn als Justizminister war. Ebenso war die Teilnahme seiner Nachfolgerin offen.

Auf seiten derer, die das ausgesprochene Mandat der Gefangenen besaßen, war es von Anbeginn klar, daß sich nicht auf eine „Diskussion" eingelassen werden würde, sondern daß diese Gelegenheit ausschließlich dazu benutzt werden sollte, die Position der Gefangenen (und zwar en bloc) als zusammenhängende Erklärung abzugeben und dann die Arena wieder zu verlassen. Im Publikum saßen „JournalistInnen-Experten zum Thema T (wie ‚Terrorismus')", VertreterInnen von Bundesanwaltschaft und Verfassungsschutz sowie Länderstaatssekretäre aus den Justizministerien. Die Knastpastoren hatten allesamt unter Hinweis darauf, daß eine Teilnahme das Vertrauensverhältnis zu den Gefangenen stören würde, abgelehnt. Lediglich ein Studentenpfarrer und der Leiter der Evangelischen Knastseelsorge, Herr Seesemann, waren erschienen.

Die Veranstaltung in Tutzing fand am 11. und 12. Mai 1992 statt. Kinkel erschien nach der Kaffeepause, nachdem Antje Vollmer bereits ihr Referat gehalten und Jünschke etwas zu sich selbst gesagt hat, dann aber das Wort an die Delegation (wie sie sich selbst nannten) der GefangenenvertreterInnen abgab. Im Beisein von Kinkel legten diese dann die mit den Gefangenen abgesprochene Position dar.

Die Erklärung von Irmgard Möller, die sie im Namen der Gefangenen im April abgegeben hatte, wurde von dem Anwalt verlesen. Im Anschluß wurde deutlich gemacht, daß nach 22 Jahren Bekämpfung und Vernichtungspolitik gegen die Gefangenen mit der Entlassung der beiden haftunfähigen, die schon sehr lange krank sind, Günter Sonnenberg und Bernd Rößner, ein einschneidender Schritt notwendig ist. Die Gefangenen sind sich darin einig, daß keine Anträge auf Entlassung gestellt werden, solange Bernd und Günter in Haft sind. Für einen gründlichen, umfassenden Schritt in diese Richtung ist eine politische Entscheidung notwendig. Verweise auf juristische Schwierigkeiten sind unakzeptabel.

Die Forderungen der Gefangenen sind:
— sofortige Kommunikation untereinander
— Aufhebung des Medienbeschlusses (Interviews überall mit Band ermöglichen)
— sämtliche § 129 a-Verfahren wegen des sog. illegalen Infosystems sind sofort einzustellen
— bis zur Freiheit für alle bleibt die Zusammenlegung nach wie vor aktuelle Forderung
— Einstellung aller neuen Ermittlungsverfahren, die nach den Aussagen der ehemaligen DDRler anstehen (wie gegen Christian Klar)

Zur Umsetzung der Forderung Freiheit für alle in einem überschaubaren Zeitraum setzen sich die Verantwortlichen mit den Gefangenen direkt in Verbindung, um die einzelnen Schritte zur Umsetzung der Forderung zu klären.

Kinkel seinerseits ergriff dann das Wort und beschwerte sich als erstes über die „unkooperativen Gefangenen", lamentierte rum über seinen persönlichen Einsatz und wieviel Ungemach ihm das gebracht habe usw. Insgesamt reagierte er sehr verhalten und machte besonders bezüglich Bernd Rößner klar, daß es große Schwierigkeiten geben würde.

Eine Teilnahme an den Veranstaltungen in Tutzing impliziert in der Regel eine Verpflichtung dem Veranstalter gegenüber, den Charakter der sog. Nicht-Öffentlichkeit zu akzeptieren, d. h. außer den geladenen Gästen soll niemand darüber hinaus informiert werden. Für die GefangenenvertreterInnen-Delegation war von Anfang an klar, daß sie einer solchen „Abmachung" uneingeschränkt nicht zustimmen würden. Offensichtlich hat die Gegenseite sich an ihre selbstgemachte Beschränkung aber nicht gehalten; denn als sich Rosita in einer Pause einmal auf dem Gelände umsah, entdeckte sie in einem Nebenraum einen Monitor, dessen Kamera (versteckt selbstverständlich) auf die VeranstaltungsteilnehmerInnen und das, was sie von sich gaben, gerichtet war und alles (auf jeden Fall für eine Öffentlichkeit außerhalb der Veranstaltung) aufzeichnete. Dem Leiter der Akademie, Dr. Greiner, war diese Entdeckung ausgesprochen peinlich. Er konnte sich das Ganze auch gar nicht erklären. Seien die Kameras normalerweise doch eigens dafür installiert, um den Parkplatz vorm Haus zu bewachen.

Daß im Anschluß an Tutzing kein zusammenhängendes und vollständiges Protokoll mitsamt der Gründe, die zur Teilnahme geführt hatten, veröffentlicht worden war, war eindeutig ein Fehler. Das inzwischen bereits an mehreren Stellen abgedruckte „Protokoll" ist unvollständig und sollte deshalb nicht weitergegeben werden — und nicht etwa deshalb, weil es sich in Tutzing um eine „Geheimverhandlung" gehandelt hätte. Was sich aus Tutzing noch ergeben hat, sind lediglich weitere Gesprächstermine mit den AnwältInnen und Angehörigen gewesen, in denen geklärt werden sollte, wer im Apparat nach dem Kinkel-Wechsel ins Außenministerium für die Gefangenenfrage (mit welcher Position) zuständig war und ist. Und diese Treffen fanden dann auch statt.

Zwischen solchen Gesprächen und „Geheimverhandlungen" besteht allerdings ein himmelweiter Unterschied. Gespräche, die mit den Justizministerien, der Bundesanwaltschaft oder auch den Leitern der „Justizvollzugsanstalten" von seiten der RechtsanwältInnen, Angehörigen und FreundInnen permanent (überwiegend per Telefon) geführt werden müssen, als „Geheimverhandlungen" zu bezeichnen, wäre ein Witz.

„Geheimverhandlungen

Gespräche, mit welchen Vertretern des Staates auch immer, haben keinen ‚Geheimverhandlungscharakter', wenn die allgemein bekannten Positionen (Freilassung der Haftunfähigen, Freiheit für alle, Zusammenlegung usw.) vertreten werden. Werden diese ‚heimlich' verlassen, um zu dealen, oder wird mit den Staatsvertretern ganz im Vertrauen geplauscht, von Insider zu Insider, wären der Vorwurf und das Mißtrauen berechtigt.

Die Teilnahme an Veranstaltungen wie in Tutzing (von einigen als Tabubruch bezeichnet) und Gespräche von Angehörigen, AnwältInnen und FreundInnen der politischen Gefangenen mit den „Schweinen" kennzeichnen nicht nur, nicht einmal in erster Linie, die Schwäche der Linken. Noch Ende der 70er Jahre bis über die Mitte der 80er sollten die ‚Terroranwälte' am liebsten eingeknastet werden, bis vor kurzem wurden sie und andere mit Ermittlungsverfahren überzogen. Es hat sich verändert: Die Freilassung von Bernd Rößner ist nicht nur eine Angelegenheit zwischen Staat und Opposition/Widerstand. Eine sensibilisierte Öffentlichkeit erlaubt den Herrschenden das Festhalten an einer Vernichtungsstrategie weniger als in der Vergangenheit." (Rosita)



Mögliche Gründe für Gerüchteküche

Wir denken, daß die Gerüchteküche über angebliche Geheimverhandlungen eher dem Umstand geschuldet ist, daß bezüglich der Politik von Gefangenen und RAF noch viele Fragen offen sind, daß hier aufgrund ausgesprochener oder auch (was schlimmer ist) unausgesprochener Kritik an der „Neuen Politik" sich ein Unbehagen, das bis zur Kapitulationsvermutung und einem damit verbundenen tiefen Mißtrauen reicht, breitgemacht hat. Das ungeschickte Vorgehen der TeilnehmerInnen nach der Tutzinger Veranstaltung hat hier Öl ins Feuer gegossen. Darüber hinaus bleibt offenbar für einige die Frage, weshalb aus einem Boykott Tutzings nunmehr eine Doch-Teilnahme wurde, nach wie vor unbeantwortet. Auf der Hamburger Versammlung wurden die Argumente

— die Gefangenen wollten Antje Vollmer und Klaus Jünschke als angeblichem „linken Flügel der Gefangenenpolitik" nicht das Feld überlassen

— das erste Mal die ultimative Forderung nach Freilassung der Haftunfähigen als Voraussetzung öffentlich erheben

— der Eindruck vor allem der AnwältInnen, daß es innerhalb des Apparates Kräfte gibt, die Informationen unterdrücken und auf jeden Fall durch ihr Agieren die Freilassung verhindern wollen

von einigen als keineswegs ausreichende Begründung dafür akzeptiert. (d. Red.)

Zur Diskussion: Tutzing-Beitrag im Angehörigen-Info Nr. 99

wieder einmal die anonyme stimme aus dem off: geheimverhandlungen! ein böses wort kippt in die zellen der gefangenen, du weißt nicht, woher es kommt, du weißt nicht, wohin es geht. es sind leute, die — für uns gefangene jedenfalls — nicht faßbar, nicht erkennbar sind durch diese aktivität oder jene produktion. du kannst nur vermuten, was in ihren köpfen und herzen noch vor sich geht, du weißt nicht, ob sie seit fünf wochen oder seit fünf jahren dabei sind, du hast keine ahnung, ob sie aus einem engeren oder weiteren oder gar keinem zusammenhang kommen. aber uns vor die füße schmeißen: geheimverhandlungen! würde sagen, da steht die welt mal wieder auf ihrem reichlich entfremdeten kopf.

das arbeitsklima wird vergiftet, ja blockiert. die aktiven müssen einen großen teil ihrer energien und nerven darauf verwenden, sich damit auseinanderzusetzen. es bildet sich eine atmosphäre der unsicherheit. schwierig wird es zu unterscheiden zwischen denen, die ein durch und durch berechtigtes interesse an transparenz und öffentlichkeit haben, denen, die sich profilieren wollen — oder gar solchen, die im auftrag der macht unterwegs sind, um zu spalten und verwirrung zu stiften. sie zetteln aus dem hintergrund — eine klärende, lösende auseinandersetzung mit ihnen ist, für uns gefangene jedenfalls, nicht möglich, weil sie sich dem offenen gespräch nicht stellen. wir sagen diesen leuten: kommt endlich rüber mit dem, was ihr wollt — oder laßt uns in ruhe.

möchte hier ganz klar festhalten: es gibt welche draußen, die ein legitimes und aufrichtiges interesse haben an dieser tutzinger veranstaltung. darunter sind sicher auch welche, die in der schwierigen situation, in der wir uns im engeren oder weiteren politischen sinn heute befinden, problemlösungen, initiativen nicht aus dem ärmel schütteln. das interesse all dieser genossinnen und genossen an transparenz und information ist absolut legitim. aber die bereitwilligkeit, mit der ihr, die ihr den tutzing-beitrag im angehörigen-info nr. 99 verfaßt habt, auf die eingeht, die die denunziation geheimverhandlungen in umlauf gebracht haben, ist nun wirklich fatal!

ich finde es grundsätzlich gut, daß ihr initiativ geworden seid. ich finde die forderung nach öffentlichkeit grundsätzlich richtig. aber wir sind kein service-unternehmen für die südkurve. unser begriff von öffentlichkeit ist ein anderer als der von bild und zdf. mit öffentlichkeit verbinden wir ein emanzipatives ziel: aktivität und initiative, selbständiges politisches denken und handeln. selbstverständlich haben wir über tutzing vorher und nachher mit all jenen ausführlich diskutiert, die sich engagieren, für die diese informationen gebrauchswert für eine eigene praxis haben. besuchergruppen, besucherInnen, angehörige, anwältinnen und anwälte. einige dutzend leute, schätze ich. niemand wurde vergattert, die klappe zu halten. wenn welche zu tutzing nichts mitgekriegt haben, dann nicht aufgrund konspirativer arrangements der ausgrenzung und eingrenzung, sondern weil der ort des austauschs zusammenfällt mit dem ort der gemeinsamen arbeit.

hätte also, was die berichterstattung zu tutzing angeht, eine kurze übersicht veröffentlicht, verbunden mit dem hinweis, daß jemand, die oder der sich mit ideen, vorschlägen, der entscheidung zur kontinuierlichen mitarbeit und verantwortung in einen arbeitszusammenhang stellt, selbstverständlich in alles einbezogen ist. das hat gewiß nichts mit geheimniskrämerei zu tun. es ist ein schritt, um dahin zu kommen, daß, egal mit welchen informationen verantwortungsbewußt und verbindlich umgegangen wird, es ist die anstrengung hin zu einem bewußtsein, daß es sich hier in erster linie um arbeitsmaterial handelt, gebrauchswerte fürs weiterkommen — nicht um tauschwerte auf dem jahrmarkt der eitelkeiten: wer ist der größte revolutionär im land?

mich ärgert an eurem text, daß ihr die anti-emanzipatorische attitüde, die mäkelnde konsumhaltung, das verantwortungslose verbreiten von gerüchten im grunde bestätigt, ja schon fast geflissentlich darauf eingeht. ihr orientiert in eine falsche richtung. ihr nehmt den konflikt nicht als chance, werte und kriterien herauszuarbeiten, ohne die wir in den nächsten jahren untergehen werden. vergebens sucht man nach einer kritischen auseinandersetzung mit dem verdinglichten bewußtsein dieser leute. emanzipation ist keineswegs das, was am sonntagnachmittag stattfindet. sie wird in jedem einzelnen schritt, widerspruch, konflikt erarbeitet — oder sie bleibt phrase.

ich kritisiere einen weiteren aspekt. es geht um die stelle in eurem tutzing-bericht, wo ihr die angeblichen forderungen der gefangenen, wie sie in tutzing gestellt worden sind, referiert. einer der in tutzing konkret gestellten forderungspunkte war: sofortige und bedingungslose freilassung aller, die 2/3 bzw. 15 jahre und länger haben. in eurem bericht fehlt dieser punkt im ansonsten detaillierten forderungskatalog. nun handelt es sich dabei aber nicht um irgendeine forderung, sondern um den politischen angelpunkt bei dem, was seit beginn des jahres in dieser sache in bewegung gekommen ist. der auskunft darüber gibt, ob eine realistische lösung der gefangenschaftsfrage angestrebt wird oder nicht. es ist die forderung, die die gefangenengruppe der staatlichen ankündigung vom januar entgegengesetzt hat, nur acht gefangene rauslassen zu wollen. so hat die raf in ihrer erklärung vom 10.4.92 gesagt: „die haftunfähigen und die gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer freilassung zusammenkommen." mehrfach haben wir öffentlich erklärt, daß wir zuerst die freilassung bernds wollen und (erst) dann weitere anträge auf haftentlassung stellen werden. die medien haben diese aussage aufgegriffen, ein großer teil hat sie positiv bewertet.

in den aufrufen und sonstigen texten haben sich aber — auf eine für uns rätselhafte weise — immer stärker formeln durchgesetzt, die in die entgegengesetzte richtung weisen.

konkretisiert wird die freilassungsforderung nur noch für die haftunfähigen, für alle anderen wird die zusammenlegung gefordert. wohl wird die freilassung aller angesprochen, aber das liest sich wie ein fernziel, an das niemand so recht glaubt und deshalb auch nicht darum kämpft.

welchen reim aber sollen sich dritte darauf machen, daß die forderung nach sofortiger und bedingungsloser freilassung der gefangenen, die 2/3 resp. 15 jahre und länger haben, aus dem verkehr gezogen wird — stattdessen die zusammenlegung aller gefordert wird?

ich glaube nicht, daß das der weg ist, die dinge in bewegung zu bringen. der angelpunkt dafür ist die gefangenschaftsfrage. in der art und weise, wie es, in der letzten zeit, als forderungskatalog, dargestellt wird, entspricht es nicht dem willen und dem vorhaben der gefangenen. nicht nur den gefangenen, die freikommen könnten, wird ein bärendienst erwiesen, vor allem denen, die jetzt unbedingt ihre zusammenlegung brauchen, werden steine in den weg gelegt.

Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF, Celle

Offener Brief an Lutz Taufer

Hamburg,d. 27.10.92

Lieber Lutz,

wir sind eine der „Stimmen aus dem off", über die Du in Deinem Brief an das Angehörigen-Info herziehst wegen der Kritik an dem Treffen mit Kinkel in Tutzing.

Du beklagst: „es sind leute die -für uns gefangene jedenfalls- nicht faßbar, nicht erkennbar sind durch diese aktivität oder jene produktion". deshalb erstmal ein paar Worte dazu, wer wir sind: seit März 92 geben wir die „Ohm" heraus, eine Hamburger Stadtzeitung, die die durch das eingehen der „sabot" entstandene Lücke schließen und ein Diskussionsforum der Hamburger linken Szene sein soll; die Ansätze, Überlegungen und politische Arbeit der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen zusammenführen soll.

Im August veröffentlichten wir in unserer Zeitung das Protokoll aus Tutzing, zusammen mit einer kritischen Einleitung, in der wir auch den Begriff „Geheimverhandlungen" gebrauchten. Der Begriff war falsch gewählt und ging an der Sache vorbei, zugegeben, aber unsere Kritik am Umgang mit dem Treffen halten wir weiter für berechtigt. Nach der öffentlichen Auseinandersetzung im Angehörigen-Info ist jetzt klar geworden, wie das Treffen zustandekam und warum das Protokoll ursprünglich nicht veröffentlicht werden sollte, nämlich aufgrund der Auflage durch die Evangelische Akademie als Veranstalterin, daß alle TeilnehmerInnen des Teffens Stillschweigen darüber bewahren. (Nachdem die Gegenseite das Treffen aber abgefilmt hat, wie im Angehörigen-Info 99 zu lesen war, braucht sich an diese Auflage doch wohl niemand mehr gebunden fühlen.) Aber als wir das Protokoll erhielten, hörten wir überhaupt das allererste Mal von dem Teffen, und die näheren Umstände waren uns völlig unklar. Selbst eine Hamburgerin, die wir als Teilnehmerin um eine Stellungnahme baten, lehnte es strikt ab, sich wie auch immer schriftlich zu dem Treffen zu äußern und forderte uns auf, das Protokoll auf gar keinen Fall zu veröffentlichen. Die ganze Geschichte war sehr geheimnisumwoben.

Was wir nicht verstanden und für falsch halten, ist genau dieser gheimnis-krämerische Umgang, der sich auf einen ganz kleinen Kreis von Leuten beschränkt. Warum wurde nicht gleich nach dem Teffen das Ganze offen gemacht, wie jetzt in dem Beitrag im Angehörigen-Info Nr.99 geschehen?

Und Du machst es Dir zu einfach, wenn Du schreibst, alle die im Kampf um die Freilassung von Euch Gefangenen engagiert sind und für die „diese Informationen Gebrauchswert hatten" hätten davon gewußt oder davon wissen können. Wir finden Deine Haltung da geradezu arrogant und elitär. Du selber schreibst von „einigen dutzend leuten" die in die Diskussion um die Teilnahme am Treffen in Tutzing einbezogen waren. Der Kampf um Eure Freilassung geht aber reichlich mehr Leute an, wird von größeren Kreisen getragen. Und diese Leute, zu denen wir uns auch zählen, auch wenn wir nicht unseren politischen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen wollen oder können, erwarten zu recht, in die Diskussionen und praktischen Ansätze einbezogen zu werden. Wir müssen endlich mal hin zu einer offenen Politik, die Leute außerhalb von Insider-Klüngeln nicht von allen Informationen ausschließt. Genau aus dieser Halb-Öffentlichkeit entsteht das Mißtrauen, daß dann den Vorwurf „Geheimverhandlung" hervorbringt. Dieses Mißtrauen ist bei vielen auch gewachsen in der jahrelangen völligen Nicht-Transparenz der politischen Entschidungsprozesse der RAF, dem Avantgarde-Politikverständnis, das erst seit kurzem zum Glück endlich aufgebrochen worden ist.

Und so, wie mit dem Treffen in Tutzing umgegangen wurde, hatten wir die Befürchtung: jetzt wird das wieder im kleinen Kreis abgedibbert und später fertig dem „Fußvolk" präsentiert. Alleine darum ging es uns, und geht es uns noch immer.

„Gebrauchswert" von diesen Diskussionen haben mehr als „einiege dutzend leute", die alleine Eure Freilassung nicht durchsetzen können.

Denn raus müßt Ihr !

Und das wollen wir und noch viele andere, die Du in deinem Brief einfach abschreibst...

Mit solidarischen Grüßen

die Ωhm

Die Beitäge zu Tutzing stammen, wie auch die in der Nummer 220 aus der Ohm .
Vielen Dank für eueren lieben Brief.

Freiburg, 31. Januar 1993, 23 Uhr

Hallo Leute

Da ihr euch sicherlich ein Bild von den Tätigkeiten hier machen könnt, möchten wir uns auf das Relevante beschränken.
Nicht immer führt der Balanceakt zwischen Einordnung bzw. Interpretation und Funktionalisierung des Mordes zu konstruktivem Verhalten. Wir alle schöpfen die Energie für die Auseinandersetzungen und Tätigkeiten aus unserer Trauer und Wut und (das ist keine Floskel) aus dem daraus entstehenden Widerstandswillen.
Manchmal geraten wichtige Dinge in der Hintergrund - sie gehen aber nicht unter. Manchmal ist es - logisch - aus Verantwortlichkeitsgründen nicht möglich, euch alle Infos sofort zukommen zu lassen; auch eine Nachrichtensperre hatten wir mal; das bezog sich - klar - vor allem auf die Presse. Auf die Medien ist natürlich noch genauer einzugehen. Wenn auch die Interessen der Sensationspresse prinzipiell bekannt sind, ist das - zumindest am Anfang - nicht immer so gelaufen wie gedacht. Wir denken aber, daß einiges verhindert werden konnte. Die Zusammenhänge Presse und LKA sind ja auf einem älteren Papier (AKK) schon erwähnt.
Tendenz der Presse: Möglichst viel Trauer vorführen, verschweigen der Hintergründe, als erste "WAS NEUES" haben, mit diversen Interessen ermitteln, schnüffeln, usw.
Die Methoden sind ähnlich denen der Bullen, nur offener. Ein deutliches Beispiel ist das e i n e s TAZ-Beauftragten (U.F.).
Wir versuchen hierbei - soweit relevant - zu differenzieren. Bis auf 1x hielten wir den Ansatz: schriftliche Presseerklärung und sonst nix - für zu kurz gegriffen. Zum Beispiel hat Rico Prauss uns aus Bielefeld geschrieben (wie schnell die Post gehen kann) und unsere "Medienarbeit" kritisiert. Danke. Zentrale Aussage: Wir erweckten den Eindruck, wir würden "mit der Presse nicht reden, weil der Staatsschutz eh nur unsere Strukturen ausforschen will" und wir würden eben "das Problem nicht vermitteln". Jede Info an Gruppen in den Städten ist auch eine an die Bullen. Die Methoden der Sensationspresse gleichen denen der Bullen und das ist uns bekannt. Sie stellen 10 Fragen und sehen es auf eine Antwort ab. Eine Motivation, uns den Medien zu stellen war, eben genau diese Zusammenhänge darzustellen. Wir haben das gemacht. Wir hatten ferner versucht - und es hat oft geklappt (?) - keine Antwort zu geben, welche isoliert verwendet in deren Konzept paßt. Nich klar genug war wohl, daß die Sensationspresse mit Komentaren und Schnittechniken usw. i m m e r den vollen Müll draus machen kann (RTL...). D i e Presse, welche nicht so derb drauf ist hat entweder unsere sog. Verschwiegenheit nicht genutzt, um linke Strukturen niederzureden oder sie hat ihre "Ermittlungstätigkeit" abgebrochen. (Ein kleiner Erfolg?)
Unsere Infopolitik muß in Diskussion bleiben - eines bleibt in jedem Fall - niemandem liegt m e h r an einer Aufklärung des Mordes als uns.
Wir sind hier nicht in erster Linie als politische Diskussions- und Interpretationsgruppe tätig. Wir sind verschiedene Gruppen und versuchen zu koordinieren. Es gibt feste Zeiten für Ansprache durch Gruppen und Presse. Klar bekommt das Ganze - so möchten wir uns ausdrücken - bessere Strukturen mit der Zeit. Denn die Arbeit geht erst richtig los. Apparate arbeiten gegen uns.
Wichtig dabei sind auch die Gedanken und Tätigkeiten der Gruppen in den Städten. Rückmeldungen sind ja nicht nur gut sondern wichtig. (Lieber einmal zuviel).

Am Freitag abend (29.01.93) wurde Uwe als Freund von Kerstin, der mit ihr in der Wohnung gewohnt hatte und mit ihr umziehen wollte, von den Bullen festgenommen. Er war eh völlig fertig und wurde und wird durch ständige Verhöre von den Bullen fertiggemacht. ("Gib zu, daß du's warst, dann kriegste auch 'ne mildere Strafe")
Sonntag abend 19 Uhr gab's die erste Kundgebung und Demo zu Uwe am Knast. Dabei waren nach kurzfristiger Mobilisierung bis 200 Leute. Die Demo war laut und gut. Unterstützende Reaktionen aus dem Knast waren zu hören. Weitere Kundgebungen sollen folgen, bis Zitat Redebeitrag: "Wir dich da rausgeholt haben!" (Vielleicht auch von Euch) Innerhalb der nächsten zwei Wochen wird die zweite "Haftprüfung" sein. Unsere Arbeit in den anderen Bereichen wird sich durch die Festnahme nicht vermindern - sie wird darum erweitert.
Das Konstrukt "RIM" hat nicht gegriffen, das Konstrukt "persönliche Gründe" ist eh völliger Schwachsinn und im Begriff zusammenzubrechen, das nächste Gerücht wird kommen.
Es ist noch nicht klar abzuschätzen, ob sich Teile der Medien uam. etwas vom Nachbeten der Pressemitteilung des LKA entfernen. Das LKA spricht von einer Indizienkette. Näheres zu dieser Kette der Verstrickungen des LKA steht an anderer Stelle. Die Maßnahmen der Bullen dienen objektiv den Interessen der Täter.
Noch kurz:
Leute, die aus den verschiedensten Gründen gegenüber dem LKA nichts sagen wollen, finden per "vertrauliches" Telefon oder sonstwie den Weg, um reale Ermittlungen zu fördern.
Der einzige Grund, weshalb die Gruppe nicht mehr Autonomes Komitee Kerstin (AKK) heißt, ist der, daß für uns der Name AKK nicht so der Renner war.
Solltet ihr Möglichkeiten kennen, Geld zusammenzukriegen, so versucht dies bitte. Die Kosten für Fax u.ä. und für Anwältinnen und Anwälte steigen schnell.

Sonderkonto Frühling: Postgiro Karlsruhe, Nr. 1348 73-758, BLZ 66010075, Stichwort: Kerstin

Radio Dreyeckland stellt uns erstmal weiterhin seine Infrastruktur zur Verfügung. Solltet ihr anrufen oder faxen wollen, so nennt bzw. schreibt bitte drüber:

Infogruppe Kerstin: Telefon: 0761/32324 (sonst keins) täglich zwischen 18 und 20 Uhr + für kurze (Rück) Meldungen auch morgens zwischen 11 und 13 Uhr. Fax: 0761/31868

Da unsere Kapazitäten und die des Faxgerätes beschränkt sind, faxen wir euch jetzt dieses hier. Zu Anfang der Woche (möglichst schnell) wollen wir euch eine Sammlung von Papieren zuschicken, die enthält: ein Schreiben der AZ-Ini zu Kerstin, eine Chronologie, Redebeiträge, Text der Pressekonferenz vom Samstag, den 30.01.93 der Infogruppe und des Anwalts von Uwe.
Solltet ihr die Texte haben wollen, so gebt uns doch bitte eure Anschrift bekannt.

Wir, die Roma-UnterstützerInnen-Gruppe aus Bochum, wenden uns hiermit an die neue Bewegung gegen Fremdenhaß. Obwohl wir wissen, daß die Beweggründe der Menschen, die an den Lichterketten, Konzerten und Demonstrationen teilnehmen, sehr unterschiedlich sind und oft unseren Gründen, mit Flüchtlingen und gegen Rassismus, Nationalismus und weltweite Ausbeutung zu kämpfen, nahe sind, kritisieren wir den politischen Inhalt der Bewegung.

... Intercity's dürfen benutzt werden

An der deutschen Ost-Grenze werden militärische Anlagen gegen Flüchtlinge errichtet, die Vorbereitungen für Massendeportationen laufen, es gibt Internierungslager, Abschiebeknäste, offen rassistische Sozialhilfekürzungen und -streichungen. Gleichzeitig gehen allein im Ruhrgebiet 300 000 Menschen mit Kerzen auf die Straße, gegen "Gewalt und Ausländerfeindlichkeit". Der VRR transportiert die KerzenträgerInnen umsonst nach Essen, IC's dürfen benutzt werden. In manchen Firmen wird rassistische Anmache Kündigungsgrund. "Stop dem Fremdenhaß" fordert die Stadt Bochum.

Das Paradoxe dieser Bewegung scheint zu sein, daß eine Solidarisierung mit der von der rechten Gewalt aktuell bedrohten Gruppe – den Flüchtlingen – nicht stattfindet. Im Gegenteil: Flüchtlinge gelten als 'Problem' (*"... und wenn die alle kommen"*), mit dem die Deutschen fertigwerden müssen, um anschließend mit wenigen auserlesenen ausländischen MitbürgerInnen friedlich zusammenleben zu können. Daß Flüchtlinge vertrieben bzw. abgewehrt werden müssen; steht nicht infrage: Flüchtlingsvertreibung mit Molotow-Cocktail und Baseballschlägern zerstört allerdings den 'sozialen Frieden'. Um diesen Frieden geht es letztendlich in den Lichterketten; Flüchtlinge, die dabei stören, sollen rechtstaatlich ent-fernt werden.

Offensichtlich unterscheiden die Deutschen zwischen willkommenen ArbeitsimigrantInnen, die zum Wohlstand beitragen und denen gegenüber jetzt "Toleranz" angesagt ist: wegen der Renten, weil sie schon so lange da sind, weil "Deutschland auch in Zukunft auf sie angewiesen ist", weil die BRD Exportnation ist, ..., also 'guten' AusländerInnen einerseits — offensichtlich sind viele Gründe notwendig für ein bißchen Freundlichkeit — und solchen, die in Verbindung mit Armut, Verfolgung und Vertreibung gesehen werden und die in dieser Gesellschaft keinen zugewiesenen Platz haben. Während z.B. die Demo am 8.11. in Berlin nur die Aussage "gegen Gewalt" hatte, häuften sich nach dem Überfall in Mölln Bekundungen "für unsere" ausländischen KollegInnen, SteuerzahlerInnen, KundInnen. Der rassistische Kern dieser Haltung ist, Rechte von Nicht-Deutschen von ihrer Nützlichkeit z.B. für die Wirtschaft und vom Grad ihrer Assimilation abhängig zu machen.

Begünstigt, wenn nicht gar erst möglich, wurden Lichterketten und Großdemos, nachdem auf politischer Ebene Einigkeit über die Vertreibung von Flüchtlingen erzielt worden war.

Noch vor einem halben Jahr erhielten Faschisten, die die staatliche Vertreibungspolitik 'unzureichend' fanden, Flüchtlingswohnheime ansteckten und viele ausländische Menschen ermordeten, Beifall auf offener Straße oder ein klammheimliches 'kann man ja verstehen': "Das Boot ist voll", darüber waren sich die Deutschen einig. Und doch zeigten sich Probleme. Das Ausland warf der Bundesrepublik eine Wiederkehr des Faschismus vor; die Vertreter von Wirtschaft und Kapital fürchteten um ihre Exportchancen, sahen ihre Möglichkeiten in der '3. Welt' gefährdet und forderten, daß ausgewählte Arbeitskräfte sehr wohl Zugang zur BRD haben müßten; die Politik bestand darauf, daß Gewalt nur vom Staat ausgehen dürfe; die öffentliche Meinung fand, daß die Rechten (z.B. mit Angriffen auf jüdische Friedhöfe) nun 'übertrieben' hätten und bald wieder Ruhe und Ordnung einkehren müßten.

Der Parteienkompromiß – die Änderung des Grundgesetzes – soll die Probleme lösen: Flüchtlinge sollen nicht mehr in die BRD gelangen können; die Faschos sollen, weil sie sich weitgehend durchgesetzt haben, Ruhe geben. Erleichterung in Deutschland! Friede, Harmonie, Lichterkette.[1]

Möglicherweise tragen eine Art Schuldbewußtsein wegen des eigenen Einverständnisses zu der Vertreibung der Flüchtlinge, die trügerische Hoffnung, daß die Fascho-Überfälle dann auch aufhören und die heimliche Erleichterung darüber, daß das 'Asyl-Thema' bald aus den Medien verschwinden wird und sich die Deutschen um die eigenen Probleme kümmern können, zum Zulauf zu den Massenaktionen bei. Es sind ja nicht wenige, die ungefähr wissen, was gespielt wird; die sich aber angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse und im Interesse ihres eigenen Friedens nicht auf einen Kampf für die von ihnen selbst vertretenen Grundrechte und für das Bleiberecht von unbekannten Menschen einlassen mögen. Die Lichterkette ist dann der beste Ort, Harmonie zu demonstrieren und sich selbst die eigene Unschuld zu beweisen — ohne wirklich Stellung beziehen oder in Kontakt mit Flüchtlingen kommen zu müssen. Und schließlich werden die von 'oben' zugelassenen Aktionen nichts in Bewegung setzen, was die deutschen Privilegien und die eigenen Herrschaftsansprüche gefährden könnte.

Unsere Kritik an den Lichterketten und Massenkundgebungen besteht darin, daß es in dieser neuen Bewegung keinen Platz für eine kontroverse Auseinandersetzung gibt. Vielmehr ist die Bewegung auf das Gegenteil, nämlich auf Harmonie, Übereinstimmung und gegenseitige Bestätigung ausgerichtet; Zulassungsvoraussetzung ist das Mitmachen. Deshalb können die staatliche Gewalt und die eigene Eingebundenheit in den 'Konsens', die 'Lösung des Flüchtlingsproblems' nicht innerhalb der Bewegung thematisiert werden.

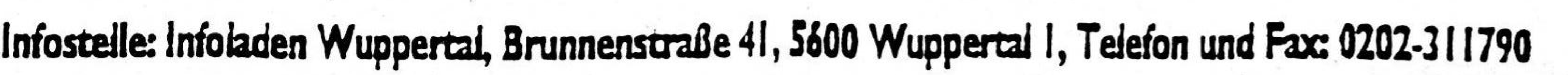
Trotzdem meinen wir, daß viele Leute, die in den letzten Wochen und Monaten gegen den Fremdenhaß auf die Straße gegangen sind, dies nicht aus den hier dargestellten Motiven getan haben, sondern dafür eigene gute Gründe hatten. So ist die Auseinandersetzung mit Faschos z.B. an den Schulen sicher nichts, was sich im Zuge eines Neujahrsspaziergangs abhaken oder mit unserer Kritik abtun ließe. Manche werden sich mit der Situation von Flüchtlingen in der BRD auseinandergesetzt haben und sich – in einem anderen Rahmen – um Unterstützung ihrer Kämpfe gegen den alltäglichen Rassismus und die Behörden bemühen. Andere werden die Entwicklung in der Bundesrepublik kritisch beobachtet haben und gegen die staatlichen Maßnahmen wie die Änderung des Grundgesetzes oder die Verschärfungen der Asylgesetzgebung Position beziehen. Viele werden auch gegen die Gefahr eines '4. Reichs' demonstriert und ihr 'Damit bin ich nicht einverstanden' ausgedrückt haben und für sich keine Alternativen gegenüber den 'großen organisierten Kundgebungen' sehen.

Eure/Ihre Teilnahme an Lichterketten hat noch keinen Flüchtling vor der Abschiebung bewahrt, noch keinen Flüchtling aus dem Abschiebeknast befreit, Flüchtlingen nicht die gestrichene Sozialhilfe wiedergebracht, die Sammellager nicht verhindert, die Angriffe nicht gestoppt. Solange ihr/Sie keinen praktischen Widerstand gegen die staatliche und nicht-staatliche Flüchtlingsverfolgung leistet, sind die Lichterketten leider nur schöner Schein.

Roma-UnterstützerInnen-Gruppe
c/o Bahnhof Langendreer
Bochum, Januar 1993

[1] Das Symbol der Lichterkette ist noch aus jüngster Zeit in Erinnerung: vor der Deutschen Wiedervereinigung und während der Unabhängigkeitsbewegung der baltischen Staaten war es verknüpft mit einem Apell an die "nationale Einheit" und der Aussage "keine Gewalt". Die Rekonstruktion des deutschen Nationalismus nach der Wiedervereinigung lehnt sich an einen 'völkischen' Nationalismus (ähnlich dem der osteuropäischen Unabhängigkeitsbewegungen) und an der Vormachtstellung und Großraumpolitik des EG-Nationalismus an. Das Symbol der 'nationalen Bewegung' als Zeichen für Freundlichkeit gegenüber AusländerInnen hat verwirrend viele Doppeldeutigkeiten.

Die BrandstifterInnen sitzen in Bonn!



Blockieren wir den Bundestag am Tag X

Infostelle: Infoladen Wuppertal, Brunnenstraße 41, 5600 Wuppertal 1, Telefon und Fax: 0202-311790

PRESSEERKLÄRUNG

In den kommenden Wochen wird der § 16 GG durch den sog. "Asylkompromiss" von SPD-CSU-CDU-FDP geändert, faktisch eine Abschaffung.
Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer monatelang geplanten Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, welche ihre HelferInnen nicht selten bei organisierten FaschistInnen hat.
Anders sind die staatlichen Reaktionen auf die pogrome von Hoyerswerda und Rostock nicht zu verstehen.

Gegen diese Pogrome hat es in den letzten Wochen und Monaten verstärkte Proteste gegeben, die von großen Teilen der Bevölkerung getragen wurden.
Dies ist gut und richtig.

In Bonn wollen wir bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts den staatlichen Rassismus aufzeigen.
Wir wollen nicht zulassen, daß sie dies ungestört durchsetzen können.
Deshalb werden wir am 3. Tag der Lesung/Abstimmung mit möglichst vielen Menschen den Bundestag blockieren und so einen reibungslosen Ablauf verhindern.

Der Termin der 3. Lesung ist noch nicht bekannt. Wir gehen davon aus, daß sie entweder in der 2. Februarwoche (8. - 12.2.) oder in den ersten zwei Märzwochen ist.

Die Blockade beginnt mit einer kurzen Auftaktkundgebung um 6 Uhr. Treffpunkt ist Konrad-Adenauer-Alle/U-Bahn Heuss-Allee (Ausweichtreffpunkt : Platz vorm Bundeskanzleramt)

Von dort werden wir ab 7 Uhr entweder als Demonstrationszug direkt zum Bundestag gehen oder, wenn dies nicht möglich ist, drei unmittelbare Zufahrtswege zum Bundestag blockieren.

Für genauere und aktuelle Informationen ist ein Info-Büro eingerichtet:
Infoladen
Brunnenstr. 41
56 Wuppertal 1
Tel.: 0202/ 311790

29.1.93 die Blockadegruppe

PRESSEERKLÄRUNG

zur Besetzung der neuen Räume von Grüne / Bündniss 90 (AL)
0 - 25

Wie geplant, haben wir am Samstag den 30.01.93 die o.g. Räume erfolgreich besetzt.
Die Entschlossenheit, eine Partei, die sich nun selbst als maßgeblichen Umstukturierungsfaktor zu erkennen gibt in unserem Kiez nicht zu dulden, das nötige Werkzeug und die Gewissheit um eine breite Unterstützung öffnet jede Tür.
Die Grünen haben auf diese Besetzung so reagiert, wie es dieser Partei mit der wir nichts gemein haben entspricht. Nachdem wir den herbeigeeilten Parteifunktionären zu verstehen gaben, daß ihre Räume besetzt seien, zögerten sie keinen Moment, Ihre Freunde und Helfer um handfeste Unterstützung zu bitten, die dann auch prompt erfolgte.
Die Polizei versuchte die Etage zu räumen.
Um uns dem Zugriff der Polizei und der Grünen zu entziehen, (wir wissen nicht recht was schlimmer gewesen wäre) machten wir uns dann in aller Ruhe daran unsere neuen Räume vorübergehend zu verlassen.
Polizei und Grüne, die uns gemeinsam verfolgten hatten das Nachsehen.
Es gab keine Festnahmen.
Grün + Grün, Hand in Hand, das war der Einstand der grünen Partei in unserem Kiez.
Die Grünis stehen für Umstrukturierung, Räumungen, also das Zerschlagen autonomer Freiräume, sie stehen für Schicki-Politik und Verdrängung alter, nicht-zahlungskräftiger Bevölkerung.

Wir fordern die Grünen auf uns unsere Räume zurück zu geben.
Wir werden auch weiterhin nicht zulassen, daß diese längst voll etablierte Partei, mit linkem Anstrich sich großkotzig in unseren Kiez drängt und unsere eigenen Projekte durch Räumung verhindert.

Weiterhin fordern wir die Parteifuzzis auf, das zurückgelassene Werkzeug als das Ihre zu erklären, damit dieses nicht in der Aservatenkammer der Bullen verschwindet und für weitere sinnvolle Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.

Die Grünen gaben Ihren Einstand im Kiez mit einer unverzüglichen Räumung ohne Verhandlung. Aber sie haben alle Interessierten ... zu ihrer Einweihungsparty am 19.2.93 herzlichst eingeladen.

Ansonsten: fester, regelmäßiger Besichtigungstermin jeden Samstag, 14 Uhr im dritten Aufgang, erster Stock. Dort steht die Tür noch halb offen.

Bis bald

Die BsetzerInnen

Zum Papier " Polizisten zerschlagen Antifa-Fete " aus INTERIM Nr. 225

Erst mal, ich finde es OK und richtig, das provozierende und unverhältnismäßige Auftreten und Eingreifen der Bullen auf Eurer Fete öffentlich zu machen und anzuklagen.
Aber , mal abgesehen davon, das es sinnvoller wäre, die Vorkommnisse nüchtern und sachlich zu schildern, damit mensch sich ein Bild machen kann, hattet Ihr offenbar mit Eurem Flugi vor,Euch vor anderen Leuten zu profilieren.
Ihr selbst habt doch die Bullen zu Eurer Fete gerufen, damit sie Euch vor (von Euch vermuteten) Faschoangriffen schützen. Das Diese sich dann aus Langeweile an den BesucherInnen vergreifen könnten, habt Ihr wohl nicht bedacht. Im Übrigen haben die überwiegend 15-16jährigen Kids ihren Teil zum Eingreifen der Bullen beigetragen. Die Scheiben bei "Getränke Hoffmann" sind dann kaputt gegangen, als das Bier auf Eurer Fete zur Neige ging, und nicht aus Protest gegen die Bullen.
So'n kleines bischen 1.Mai in Zehlendorf, oder was?
Ich nehme mal an , die Schreiberlinge bei Euch hben sich beim formulieren gut amysiert und finden das ganze Teil unheimlich witzig. Ist es aber nicht, ich könnte darüber nicht lachen!
Die Sexismus- und Patriarchatsdiskussionen der letzten Jahre sind an Euch wohl völlig spurlos vorübergezogen. Zitat: "Wieder andere (Bullen) hatten offenbar Streit mit ihrer Frau und deshalb Mangel an Körperkontakten - sie führten Leibesvisitationen bei Jugendlichen durch."
Sagt mal, merkt Ihr's eigentlich selber noch?

Unerträglich sexistisch und schwulendiskriminierend ist dann Euer "Bildchen", mit dem das Ganze endet. Es ist so im Original in Zehlendorf verteilt worden und macht viele Leute wütend. Habt Ihr die Inspiration dafür an der Wand eines Kneipenklos gefunden, es liegt genau auf diesem Niveau. Ich fühle mich persönlich davon diskriminiert und herabgewürdigt.
Wenn Flugblätter im Namen einer Gruppe unterzeichnet sind, muß mensch annehmen, der Inhalt wird von allen in der Gruppe getragen. Ich denke nicht, daß das Teil mit politischer unerfahrenheit zu entschuldigen ist. Sollte das Flugi das Machwerk einer Einzelperson sein,und nicht Ausdruck der Meinung und Haltung der ganzen Gruppe, dann nehmt bitte Stellung dazu und distanziert Euch glaubwürdig davon. Notfalls trennt Euch von solchen Leuten.

Ein Antifaschist, der sauer ist und betroffen !

Besagtes "Bildchen" im Original.
Merkt Ihr den Unterschied zwischen Witz und plumpem Sexismus nicht mehr ??!!



AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

7.Februar
Infoveranstaltung
Rechtsradikale Sekten und ihre Verbindungen zu faschistischen Organisationen
anschließend Diskussion

21.Februar
Infoveranstaltung
Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus unter Jugendlichen in der DDR bis 1989
anschließend Diskussion

7.ŞUBAT
BİLGİLENDİRME TOPLANTILARI
KONU: RADİKALSAĞCI SEKTLER VE FAŞİST ÖRGÜTLERLE BAĞLANTILARI

21.ŞUBAT
KONU: DDR-GENÇLİĞİNİN 1989 YILINA KADAR AŞIRISAĞ BİÇİMİNDE ORTAYA ÇIKIŞI VE NEDENLERİ

(TOPLANTIDA TERCÜMAN OLMAYACAKTIR)

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

Teil 2

Thema: Staat, Staatsgewalt und Parlament- Welche Qual haben wir bei einer Wahl am Sonntag, den 14.Februar 1993 um 12 Uhr im LAZ, Crellestr.22/ Schöneberg (Nähe U-Bhf Kleistpark)

Wir stellen immer wieder fest, daß wir politische Situationen kritisch erfassen können, es uns aber schwer fällt, Zusammenhänge zu begreifen. Wir wollen die Hintergründe-daß eben nichts unbedingt zufällig passiert, sondern mit System-begreifen, um besser zu verstehen, was sich in dieser Welt abspielt. Deshalb machen wir seit Januar eine Seminarreihe mit Michael Heinrich, einem Dozenten an der FU Berlin, zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kapitalismus.
Gedacht ist diese Reihe für Leute mit wenig Vorkenntnissen, aber viel Interesse, sich mit diesem Themenkomplex auseinanderzusetzen; nicht wie an der Uni oder Schule, passiv dazusitzen und Informationen eingetrichtert zu bekommen, sondern indem wir uns selbständig Wissen vermitteln und aneignen.

- Theoretische Grundlagen (Was ist Profit? Welche Rolle spielt das Kreditsystem?)
- Historische Entwicklungen (z.B. des kapitalistischen Weltsystems nach dem 2.Weltkrieg)
- Gegenwärtige Tendenzen (Verschuldung des Trikont, EG)

sind Fragen, die sich uns grundsätzlich stellen und anhand derer wir diese Seminarreihe aufbauen wollen.

Bei ***unserem ersten Treffen am 24.Januar*** ging es um die kritische Beleuchtung der unterschiedlichen Stellung von ArbeiterInnen und Unternehmern im kapitalistischen System.
- Die Vorstellung, daß zwei Faktoren zusammenspielen und sich gegenseitig ergänzen, stimmt so nicht:

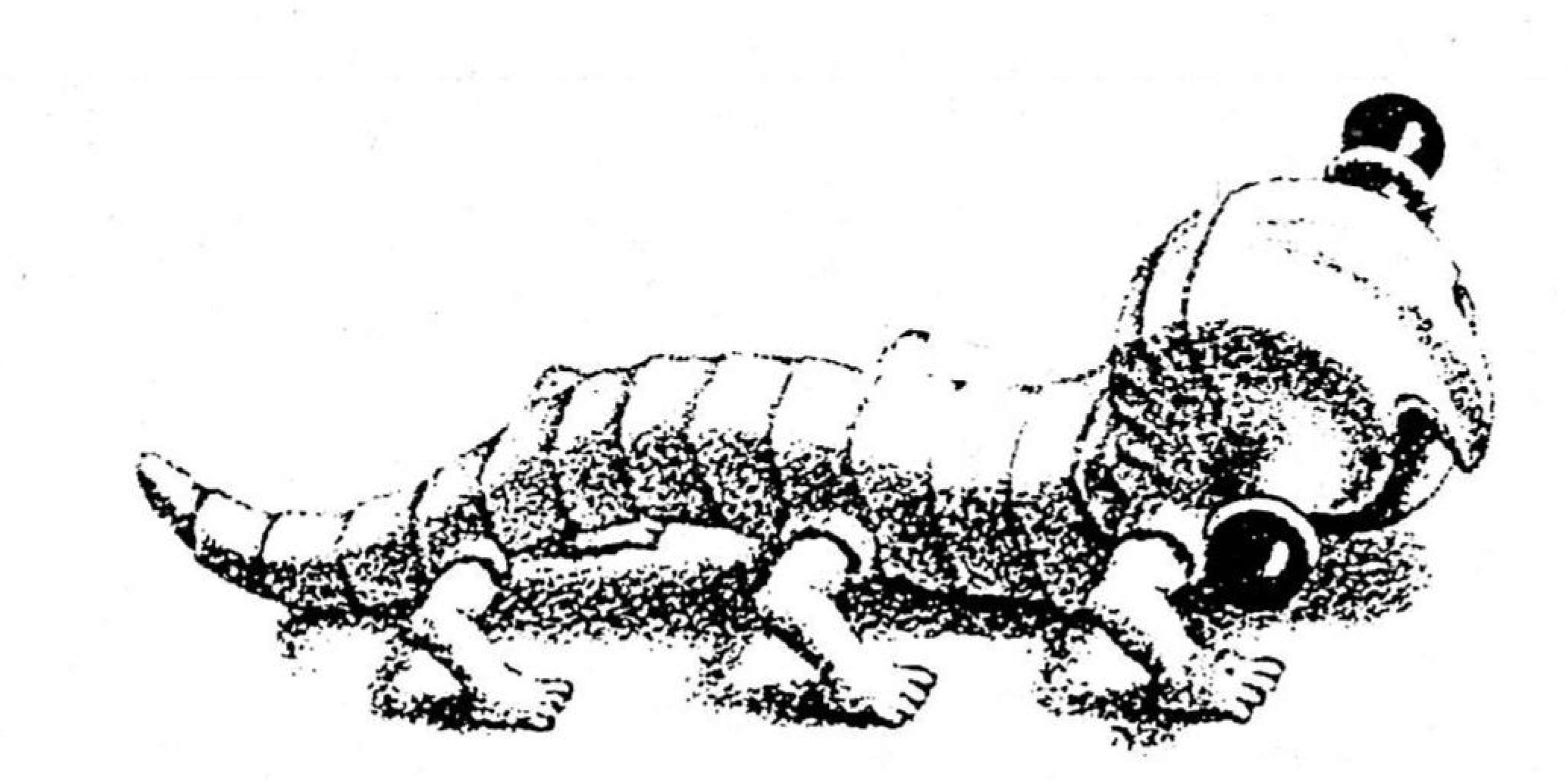
Die ArbeiterInnen auf der einen Seite verfügen lediglich über den Besitz ihrer Arbeitskraft, die sie zur Verfügung stellen müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu ermöglichen.
Die Unternehmer auf der anderen Seite haben den Besitz an Kapital und Produktionsmitteln, die sie zur Verfügung stellen, und schlagen aus der Leistung der ArbeiterInnen ihren Profit. Dieses Kapitaleinkommen entspricht eigentlich keiner Leistung. Sie verdienen also an den ungleichen Eigentumsverhältnissen, die vom Staat auch garantiert werden.

- Argumente von Seiten der Unternehmer zur Rechtfertigung der ungleichen Ausgansbedingungen sind:

Das Risiko, daß die Unternehmer tragen und die Rechtfertigung, daß der entstandene Profit neu investiert wird. Sie haben jedoch die freie Entscheidungsgewalt darüber,wann, wo und wofür sie investieren.
Z.B. in die Rationalisierung eines Betriebes, d.h. die Anschaffung von neuen Maschinen, die die menschliche Arbeitskraft zum größten Teil überflüssig machen, einer Steigerung der Massenproduktion dienen und billiger machen. Auf diese Weise ist der Unternehmer in der Lage der Konkurrenz auf dem freien Wirtschaftsmarkt zu bestehen.
Die Kosten für die daraus entstehende Arbeitslosigkeit trägt nicht die Unternehmerseite,sondern in erster Linie die Gesellschaft.
Die bestehnede Arbeitslosigkeit hat für den Kapitalismus durchaus Sinn und System:
1 Druck auf Beschäftigte nimmt zu (Krankenstand nimmt ab; Forderungen der ArbeiterInnen werden nicht mehr ohne weiteres durchgesetzt)
2 Reserve der Arbeitslosen stellt Flexibilitat für Unternehmen her

Aus diesen Tatsachen ergab sich in der Diskussion die Feststellung, daß auch in unserer Gesellschaft noch Klassen existieren, die allerdings weiter ausdifferenziert und viel schwieriger zu erkennen sind.

Bei unserem zweiten Treffen am 14.2.93 um 12 Uhr im Laz, Crellestr.22, 1000 Berlin 62, wird es um folgende Punkte gehen.



Staat, Staatsgewalt und Parlament: Was ist eigentlich der Staat, neutraler Schiedsrichter, Marionette des Kapitals oder etwas ganz anderes? Welche Funktionen hat das Parlament und könnte die parlamentarische Opposition tatsächlich alles anders machen, wenn man sie nur an die Regierung ließe? Und welche Qual haben wir bei einer Wahl?

Auf den weiteren Veranstaltungen in den nächsten Monaten soll es dann um folgende Themen gehen:

Geld, Kredit und Wirtschaftspolitik: Wie funktionieren Geld und Kredit? Was machen Banken und Börsen? Und was hat die staatliche Wirtschaftspolitik damit zu tun?

Währung, Verschuldung und der IWF: Wie funktioniert das internationale Währungssystem? Was sind die Ursachen der Verschuldungskrise und welche Rolle spielt der IWF?

Neuaufteilung der Welt: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts teilen sich die Sieger die Beute. Was fällt ab für die großen drei, USA, Japan und EG? Welche Konflikte gibt es zwischen ihnen und wie sieht es in der Zukunft mit Klassenkämpfen aus?

Wir haben vor, dieses Seminar einmal im Monat Sonntags stattfinden zu lassen.

Die Gruppe Fels (für eine Linke Strömung)ist eine kleine aus 15-20 Menschen bestehende Gruppe, die sich Ende 1991 gegründet hat. Wir versuchen unabhängig von bestehenden Parteien, Politik zu machen und haben auch nicht den Anspruch, eine zu werden. Wir gehören weder zur RIM, den Trotzkisten, Jusos oder sonstwelchen dogmatischen Gruppierungen. Mit Veranstaltungen wie dieser wollen wir uns und allen anderen Interessierten einen inhaltlichen Hintergrund für unsere politische Arbeit geben. Es reicht nicht, nur gegen das System zu sein, man muß es auch begreifen.

AUFRUF

Hintergrund

- Im Mai 1991 wurden 6 Jugendliche aus dem Beechmount-Viertel in West-Belfast von der nordirischen Polizei RUC (Royal Ulster Constabulary) unter der Notstandsgesetzgebung festgenommen. Die Notstandsgesetze ermöglichen ein Festhalten für bis zu 7 Tage, ohne daß ein Gericht eingeschaltet werden muß, was u.a. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Menschenrechtsorganisationen verurteilt wurde.

- In dem berüchtigten Verhörzentrum Castlereagh wurden die Jugendlichen von etwa 8 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts verhört und gefoltert. Ihnen wurde u.a. auf Kopf, Kehle, in die Achselhöhlen und in die Hoden geschlagen, es wurden ihnen gedroht, sie zu erschießen oder sie loyalistischen Todesschwadronen zu übergeben. In Nordirland herrscht eine Situation, in der diese Drohungen durchaus real sind. Wie eine offizielle Untersuchung feststellte, haben die nordirische Polizei RUC und die nordirische Einheit der britischen Armee UDR (kürzlich aufgrund ihres schlechten Rufes umbenannt in "Royal Irish Regiment") Daten von über 1.000 Oppositionellen an die loyalistischen Todesschwadrone weitergegeben. Zahlreiche AktivistInnen, beispielsweise VertreterInnen der legalen Partei Sinn Féin, wurden erschossen.

- Unter der Folter haben 5 der 6 Jugendlichen (Liam Coogan, Kevin Mulholland, Mark Prior, Laurence Hillick und Jim McCabe), die mitlerweile als "Beechmount 5" bekannt sind, "Geständnisse" unterschrieben. Ihnen wurde ein Angriff der IRA auf eine Patrouille der RUC vorgeworfen, an dem sie nicht beteiligt waren. Es gibt keinerlei Beweise, die ihre Inhaftierung rechtfertigen würden. Im Gegenteil: sie können sogar Alibis für die in Frage kommende Zeit vorlegen. Trotzdem sitzen sie seit über 1 1/2 Jahren in dem berüchtigten Belfaster Untersuchungsgefägnis Crumlin Road.

- Der sechste, Damien Austin, unterschrieb trotz brutaler Mißhandlung kein "Geständnis". Er mußte aufgrund internationaler Proteste und einer "Urgent action" von amnesty international aus dem Verhörzentrum Castlereagh entlassen werden.

- In den letzten Jahren hat die RUC wiederholt systematisch Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 17 bis 21 Jahren unter dieser Notstandsgesetzgebung festgenommen, in Verhörzentren psychisch und physisch mißhandelt und "Geständnisse" aus ihnen herausgeprügelt.

- Auch ist die britische Regierung wegen der Folter in nordirischen Verhörzentren vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden, was sie jedoch nicht weiter kümmert.

- Es steht zu befürchten, daß die "Beechmount 5" von den in Nordirland operierenden Sondergerichten, den sogenannten "Diplock-Courts", zu mehr als 20 Jahren, einige möglicherweise zu lebenslänglich verurteilt werden. Diese Sondergerichte bestehen aus nur einem (sorgfältig ausgewählten) Richter -ohne die sonst üblichen Geschworenen. Die Prozesse -sofern mensch sie überhaupt so nennen kann- werden voraussichtlich Anfang 1993 beginnen.

Kampagne für die sofortige Freilassung

- In Irland gibt es eine Kampagne zur sofortigen Freilassung der "Beechmount 5". Es geht darum, nicht wie im Falle der "Birmingham 6" 16 Jahre zu warten, bevor sich viele Menschen gegen derartige Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, sondern jetzt - auch international - aktiv für ihre Freilassung einzutreten.

Protestbriefe

- Bitte kopiert die umseitigen Texte und sendet die englische Version an den britischen Nordirlandminister und die deutsche Version an die britische Botschaft in Bonn!

- Kopiert diesen Aufruf weiter oder fordert bei uns neue an und sorgt dafür, daß ihn viele Menschen kriegen. Wir würden uns freuen, von Euch mitzukriegen, ob Ihr die Protestbriefe abgeschickt habt.

IRLAND-GRUPPE - c/o BuLa Jos Fritz - Wilhelmstr.15 - 7800 Freiburg

FREILASSUNG DER BEECHMOUNT 5



Der geplatzte Arbeitsplatzverkauf

Die BVG macht einen Rückzieher

BERLIN, 27. Januar

Selbst die Zwischenrufer haben es schwer. Im ohrenbetäubenden Konzert der Trillerpfeifen geht sowohl ihr Hinweis unter, der Direktor der Berliner Verkehrsbetriebe, Konrad Lorenzen, sei ein Lügner, als auch der Wunsch, den Mann rauszuschmeißen. Dabei hat Lorenzen bis zu diesem Augenblick nicht viel mehr gesagt als nur das freundlich gemeinte Wort „Kollegen". So aber wollen sich die Mitarbeiter, die sich vor der Hauptverwaltung an der Potsdamer Straße 188 in Schöneberg versammelt haben, vom Direktor nicht mehr anreden lassen. Nun schweigt er also und gibt das Megaphon fast unbenutzt zurück.

Hunderte von Beschäftigten aus den Werkstätten von den Busbetriebshöfen haben am Mittwoch morgen ihren Arbeitsplatz verlassen und sind mit Bussen zur Potsdamer Straße gefahren. Am Vortag hatten die BVGer erfahren, daß die Geschäftsleitung kurz vor Weihnachten mit den Busherstellern Daimler-Benz und MAN einen Vertrag abgeschlossen hatte, der nicht nur bis zum Jahr 2000 den Kauf von mehr als tausend Bussen vorsieht, sondern den Produzenten auch gleich die künftige Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten überlassen will. Die BVG wollte den Busherstellern dafür auch gleich die eigenen Hallen und Werkstattausrüstungen mitgeben.

Für die ÖTV war es klar: „In diesen Verträgen sind Eure Arbeitsplätze verkauft worden," hieß es in einem unter den 1310 Beschäftigten in den Werkstätten verteilten Flugblatt. Daraufhin gab es kein Halten mehr, sie zogen zur Hauptverwaltung und verlangten ein Gespräch mit der Geschäftsleitung. Doch der verantwortliche Direktor Lorenzen kommt erst zu Wort, nachdem die Gewerkschaftsfunktionäre mehrfach die Kollegen aufgefordert haben, ihm auch zuzuhören. Nur allmählich verstummen die Trillerpfeifen und Sprechchöre – bis Lorenzen die erbosten Mitarbeiter mit „Kollegen" anredet.

Nach dem neuerlichen Proteststurm will der Direktor die „strittigen Passagen" erklären. Für die Arbeitnehmer des Betriebes aber sind sie klar – ihre Arbeitsplätze sollen privatisiert werden. „Ein halbes Jahr Daimler und dann arbeitslos," sagt ein älterer Schlosser. Ein anderer meint, beim Bushersteller würde er rund 700 DM weniger verdienen als beim Eigenbetrieb BVG.

Mit der Vergabe der Werkstattarbeiten an die Bushersteller wollte die Geschäftsleitung eben auch Kosten sparen, wozu sie vom Abgeordnetenhaus aufgefordert worden ist. Doch das Stichwort „Privatisierung" reizt die Mitarbeiter inzwischen. Viele befürchten, dadurch ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Lorenzen verspricht ihnen, nachdem er wieder zu Wort gekommen ist, man werde alles tun, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Und wieder schallt es ihm entgegen: „Lügner".

Der Direktor wirkt angeschlagen. Er räumt ein, daß es besser gewesen wäre, die Mitarbeiter vor Vertragsabschluß zu informieren. Die Geschäftsleitung habe sich aber im Dezember schnell entscheiden müssen. Eine Begründung dafür liefert er den Beschäftigten nicht. Sie wissen jedoch auch so, daß am Jahresende die Investitionszulage ausgelaufen ist. Zudem hätte der Kauf von mehr als tausend Bussen für einen Verkehrsbetrieb nach den neuen EG-Richtlinien vom 1. Januar an europaweit ausgeschrieben werden müssen.

Lorenzen bietet den Mitarbeitern an, einer Delegation die Hintergründe zu erläutern. Wieder Proteste: An Ort und Stelle, auf der Straße, wollen sie nun alles erfahren. Dann greift Personaldirektor Harro Sachße ein, der ehemalige Personalratsvorsitzende. Auch er habe den Vertrag nicht gekannt, erst vor einer Woche sei er von seinen beiden Kollegen in der Geschäftsleitung unterrichtet worden. Doch auch ihm glauben die Mitarbeiter nicht mehr, das „Lügner" gilt nun ihm. Sachße, ein gestandener Gewerkschafter, ist sichtlich getroffen. Er zieht sich mit der Delegation zurück. Die Mitarbeiter, von den Gewerkschaftsfunktionären aufgefordert, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, weigern sich. „Wir bleiben hier."

Etwa eine halbe Stunde warten sie, dann marschieren die ersten Richtung Besprechungszimmer. Nun schrillen die Pfeifen im Treppenhaus. Und schließlich gibt Direktor Lorenzen auf: „Der Vertrag wird in dem Teil, der die Betriebswerkstätten betrifft, annulliert und neu verhandelt," verkündet er den Mitarbeitern. Sie lassen sich dies schriftlich geben, dann fahren sie auf die Höfe zurück. KLAUS KURPJUWEIT

Einladung !

Seminar für oopsitionelle Gewerkschaftsarbeit in Ruhlsdorf bei Bernau vom 26.2. - 28.2.1993

Ort: Dorfstraße 32,Tagungshaus
Fahrkosten für die Teilnehmer/Innen werden erstattet,gilt nur für Bahnfahrt (Bahnfahrkarten aufbewahren)
Ein Großteil der Verpflegung wird ebenfalls erstattet (Fördermittel)
Kosten: 40 DM,ermäßigt 20 DM (Ermäßigung für Arbeitslose,Studenten, Sozialhilfeempfänger etc.).
Das Geld für die Übernachtung vorher auf das FAU-Ost Konto überweisen BLZ: 160 519 52 Kreissparkasse Gransee
Kontonummer: 49 02 0080(Stichwort Gewerkschaftstreffen)
Bitte verbindlich anmelden bis zum 24.2.93 .
Anmeldung bei: Thomas Beckmann,Dorfstraße 13,O-1431 Wolfsruh
Tel.03 3083/235 ab 18 Uhr
Themen:

- Freitag Beginn 20 Uhr
  Einführungsrunde,Vorstellung der Teilnehmer/Innen,der EG Binnenmarkt (wirtschaftliche und gewerkschaftliche Aspekte,weitere Entwicklung)
- Samstag:
  Vormittag,die Geschichte der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung /arbeit in Deutschland nach 1945 (Betriebsrätebewegung nach 1945 kritische Gewerkschafter/Innen innerhalb des DGB und unabhängige Gewerkschaftsgruppen,kritische und oppositionelle Gewerkschaftsarbeit in der DDR)
  Nachmittag,Erfahrungen bei der oppositionellen Gewerkschaftsarbeit und die arbeitsrechtlichen Grundlagen heute,Möglichkeiten für die Organisierung von Bildungsurlaub in den einzelnen Bundesländern.
  Abends,Leiharbeit und die Situation von ausländischen Arbeiter/Innen in der BRD
- Sonntag:
  Diskussion über die praktischen Möglichkeiten der oppositionellen - kritischen Gewerkschaftsarbeit,Aufbau von Strukturen bzw. Ausbau der bestehenden Strukturen.

BVG-Streik als „rüde" bezeichnet

Die Streikaktion der Beschäftigten in den BVG-Buswerkstätten vom vergangenen Mittwoch ist am gestrigen Montag von den BVG-Geschäftsleitern Lorenzen und Sachße verurteilt worden. Lorenzen hatte, wie berichtet, danach einen Vertrag mit den Busherstellern Daimler-Benz und MAN annulliert. Die Busproduzenten sollten auch die Wartung der Fahrzeuge übernehmen. Die Aktion sei „rüde und überzogen" gewesen, hieß es gestern. Tsp

TERMINE :

Do 4.2

19.30 Galerie Olga Benario,Weserstr.5,1/44
"Die erste Reihe"- Bilder vom Berliner Widerstand" Video 1987,105min.

21.00 Daneben,Rigaerstr.84,0-1053 Berlin
"Der Pannewitz-Blick"

Fr 5.2.

20.00 Lychenerstr.60,Prenzlauer Berg
Antifa-Fest mit Video "AK Kraak"+ Musik

Sa 6.2.

20.00 Syndikat,Weisestr.56,1/44
"AK KRAAK"(Häuserkampf+ Antifa in Berlin)

So 7.2.

17.00 Putte,Osloerstr.12,2.HH II,1/65
Antifa-Cafe-Wedding - Infoveranstaltung:
Rechtsradikale Sekten und ihre Verbindungen zu faschistischen Organisationen

17.00 Radio Kabelbrand, Offener Kanal- 92,75

21.00 Daneben,Rigaerstr.84,Friedrichshain
" Orfeu Negro"

Mo 8.2.

20.00 Frauenzentrum EWA,Prenzlauerallee 6,1055 B
Veranstaltung für Frauen und Lesben:
"Flüchtlingspolitik made in Germoney"
(Sammellager,Asylverfahrensgesetz...)

Mi 10.2.

19.00 Antifa-Gruppen im X-Beliebig

Do 11.2.

19.00 Galerie Olga Benario,Weserstr.5,1/44
Info- und Diskussionsveranstaltung mit Anita Leocardia Prestes

13./14.1.

Wochenendworkshop "Frauen machen Plakate gegen rechts"
A-Laden Moabit,Rathenowerstr.22,1/21

Ankündigung Mediengruppe Schrägspur e.V.
Schillerstr.28,6900Heidelberg,06221/24414
An alle Autonomen Zentren und AZ-Inis:
Videodoku über das AZ Heidelberg und die Konflikte (Stadtteil/Sexismus),die Geschichte
Verleih bei uns (DM40 incl.Broschüre über Sexismus in autonomen Gruppen)



ANTIFASCHISTISCHES INFO AUS FISH

abobedingungen:

1 ausgabe für 4 muck
5 ausgaben für 20 muck
förderabos 5 ausgaben für 30 muck
(porto jeweils inbegriffen)

WattWurm
C/O Der andere Buchladen
Sonnenstr. 8
2850 Bremerhaven



SILSILA

Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus

Heft 1 Januar 1993 5 DM

Salima Mellah	**Algerien aus der Sicht westlicher BerichterstatterInnen**
Salima Mellah	**"Verschleiert - Frauen im Islam" oder die orientalistische Entschleierung**
A. Sivanandan	**Der Krieg aus einer schwarzen Perspektive**
A. Sivanandan	**Signs of the times. Ein Interview**
Hassan Hanafi	**Vom Orientalismus zum Okzidentalismus**
Jan Carew	**Das Ende der maurischen Aufklärung und der Beginn des kolumbischen Zeitalters**
Joachim Kuhn	**Europäische Zivilisation und Rassismus. Ein Arbeitsprojekt - Einleitung**

Bei Einzelbestellungen bitte 6 DM (incl. Portokosten) in Briefmarken beilegen. Buchläden u.ä. können ab 3 Exemplaren zum Preis von 4 DM pro Heft (plus Portokosten) bestellen. Bestelladresse: Redaktion SILSILA, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61.

RADIO KABELBRAND

Gründlich, sachlich, kritisch -
was sie noch nie hören wollten!

Seit dem 24.01.93 machen wir Radio zu brenn-zligen Themen, um der undifferenzierten und verfälschenden Berichterstattung vieler Medien etwas entgegenzusetzen.

Die näxten Sendetermine:

Sonntags	7.2.	17.00 uhr
	28.2.	13.00 Uhr
	14.3.	13.00 Uhr

WO??? : OFFENER KANAL
Frequenz: 92,75

Bisher sind wir leider nur über Kabel zu empfangen, aber wer weiß, vielleicht hören ja trotzdem gaaanz viele zu!!!!!

A C H T U N G: Beim Anschließen Eures Radios ans Kabelnetz:

k a b e l b r a n d g e f a h r !!!!!!!

Das SOS

INFOTELEFON

das bislang in den Räumen von SOS Rassismus in der Kohlfurter Str. erreichbar war, hat ab sofort eine

RING

Neue Telefonnummer:
251 22 77

Wir verstehen uns als Anlaufstelle für z.B. Fahrwachen in den Kiezen und im Umland,


sowie für einzelne Leute und Gruppen, die Schutzwachen vor den Flüchtlingsheimen machen....

Nutzt dieses Telefon;

Meldet auch 'Kleinigkeiten', die Euch vielleicht nicht so wichtig erscheinen. Ein Puzzle besteht aus vielen Teilen! Wir sind erreichbar an Tagen, an denen besondere Faschoaktivitäten zu erwarten sind und immer

Fr. + Sa.: 16-4^{00}
So.:18-0^{00}

Tel. 251 22 77


...ach nee, Wolfgang, ein bißchen was kann man schon bewirken. Witz reinbringen z.B., die Werbung nich als tierisch ernste Verkäufe, sondern als entertainment, ein wenig Spaß für die Massen.
VON STALIN LERNEN
DEM PROLETARIAT DIENEN
KPD (M/L)